

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Nr. 724.

Freitag, 16. Oktober
(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Die spanische Beschwerdenote.

Dieser Monat gehört der Diplomatie. Freilich in wesentlich verschiedener Hinsicht. Die offiziellen Kreise aller Länder sind seit zwei Wochen in auffallende Erregung gerathen: Die Motoren heißen Arnim und Beja d'Armijs. Das Reichs Interesse, das die Affaire des früheren deutschen Botschafters in Paris für andere politische Fragen übrig gelassen hatte, wird jetzt durch die gestern an dieser Stelle im Excerpte mitgetheilte Beschwerdenschrift absorbiert, welche der spanische Gesandte in Paris, Herr Beja d'Armijs, namens seiner Regierung Herrn von Decazes, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, überreicht hat.

Die Aufregung, die seit der Verhaftung Arnims im auswärtigen Amte zu Paris herrschte und welche durch die Befürchtung hervorgerufen worden war, Arnim möchte über seine Theilnahme am Sturze Thiers zu Gunsten der legitimistisch-klerikalen Partei, mehr Licht spenden, als dem französischen Kabinette lieb sein könnte, ist seit Donnerstags Nachmittag, seit der Stunde, in welcher die spanische Note ausgethanigt wurde, bedeutend gestiegen. Dies geht deutlich aus der unsicheren Haltung der pariser offiziellen Presse hervor. Die Sprache der Blätter ist halb gereizt, halb ängstlich; man weiß offenbar nicht, wie man sich den Ereignissen der jüngsten Tage gegenüber verhalten soll und möchte vor allen Dingen Zeit gewinnen, um sich zu sammeln, damit man später keine übereiften Schritte zu bereuen habe. Daher auch die eifrigen Versicherungen der pariser Offiziellen, daß Monate erforderlich sein würden, die spanische Beschwerdenschrift zu widerlegen.

Die Klagen der madriider Regierung über die indirekte Begünstigung der Carlisten durch Frankreich wurden in ihrer jetzigen konkreten Gestalt erst nach Ueberrahme der Exekutivgewalt durch Mac Mahon im Mai vorigen Jahres vernehmlich. Was unter Thiers und früher an der pyrenäischen Grenze vorgefallen ist, erscheint minder wichtig und kommt hier nicht in Betracht.

Es kann wohl keinem aufmerksamen Beobachter entgangen sein, daß in dem Augenblicke, als der jetzige Präsident der französischen Republik auf diesen Posten gehoben wurde, die bis dahin ziemlich straff gehaltenen Fäden, welche von Paris aus nach den Präfecturen der Pyrenäengrenze führten, plötzlich lockerer wurden. Heute vom Schlage des Herrn Radaillac, brauchten wenig Zeit, um aus dieser Wahrnehmung die verdeckte Begünstigung der carlistischen Sache seitens Mac Mahons und seiner Regierung herauszufinden. Diese Herren wußten sich um so eher hiernach einzurichten, als sie selbst carlistischer Gesinnung waren. Der Waffen- und Munitionsmangel an Gunsten des rebellischen Prätendenten nahm bald so große Dimensionen, daß sich die madriider Regierung genöthigt sah, in Paris zu reclamiren. Anfanglich geschah dieses auf möglichst zarte Weise. Die französische Regierung verhielt sich diesen Beschwerden gegenüber freundlich entgegenkommend, versprach alles Mögliche, um Nichts zu halten und betonte stets, daß die Hauptzufuhr von Waffen nicht auf dem Landwege, sondern zur See an die Carliten gelange. Nicht nur die spanischen Berichte, sondern auch ganz unparteiliche Korrespondenten (u. A. auch der „Times“) haben aber das Gegenheil bekämpft und dargelegt, daß nach derartigen diplomatischen Verhandlungen das Umrufen des Waffenschmuggels an der französischen Grenze stets eher als abgenommen hat.

Als dementsprechend die Klagen der madriider Regierung im Juni dieses Jahres immer intensiver nach Paris hinübertraten, verlangte Herr v. Decazes statt der allgemeinen Beschwerden, die Angabe von bestimmten Thaten und Umständen. Diese hat der Minister durch die gestern mitgetheilte Note in schärfster Auswahl erhalten. Er wird vielleicht selbst erschrocken gewesen sein, über die Verlegenheiten, die er sich durch seine Aufforderung heraufbeschworen hat.

Die Zahl der in der Denkschrift beigebrachten *pièces à l'appui* (Beweisstücke) ist so groß, daß sie für die französische Regierung ein schwerwiegendes Sündenregister bildet. Es wird durch die neue spanische Note klar und deutlich dargethan, daß Frankreich, so weit es sich um die in neuester Zeit thatfächlich stattgehabten Unterstützungen des Carlismus handelt, eine Verletzung des Völkerrechts beging.

Frankreich hat die madriider Regierung eben so gut anerkannt, als Deutschland, folglich durften die Carliten in den Augen der pariser Staatsmänner nichts Anderes sein, als Rebellen. Solchen letzteren aber im Kampfe gegen die anerkannte reguläre Staatsgewalt auf irgend eine Art beihilflich zu sein, läuft stricke gegen die Satzungen des Völkerrechts. Der Richtigkeit dieser Folgerung mag sich auch wohl Herr v. Decazes nicht verschließen können, er weiß, daß die auswärtigen Kabinette, denen das spanische Dokument, wie bekannt, gleichfalls zugegangen ist, bei Lesung desselben zu einem ähnlichen Facit kommen müssen, und das ist's, was ihn peinigt.

Es kann hier nicht unser Zweck sein, auf die verschiedenen Anklagepunkte der madriider Note zurückzukommen, dieselben bedürfen keines Commentars und sind überdies schon früher aller Welt als der Wahrheit entsprechend bekannt gewesen. Die Hauptschuld an der Carlitenbegünstigung trifft nach den spanischen Angaben den oben erwähnten Herr Radaillac, den Präfecten der Niederpyrenäen, einen Legitimisten vom reinsten Wasser, der im Einverständnis mit seinen Untergebenen die Agitation für den Carlismus in seinem Bezirke nicht nur duldet, sondern geradezu fördert. Man verlangt daher spanischerseits nicht mit Unrecht die sofortige Abberufung dieses Mannes von seinem Posten, die Abfertigung seiner untergebenen Helfershelfer und die Ausweisung aller Anhänger des Don Carlos aus den Grenzdepartements, sowie die Aufstellung eines Truppen-Corps zur Bewachung der Grenze.

Ob Frankreich sofort allen diesen Anforderungen nachkommen wird? Wir glauben kaum. Mac Mahon steht auf zu schwachen Füßen um die Unterstützung Roms in seiner Septennatswirtschaft entbehren zu können. Rom würde sich aber unfehlbar von ihm wenden, trüge er zur Vernichtung des Carlismus, dieser Hoffnung aller ultramontanen Seelen, bei. Frankreich hat also die Wahl zwischen zwei Uebeln: entweder muß es die Folgen seiner Handlungsweise ungeschwächt tragen und der, in sehr energischem Tone abgefaßten spanischen Beschwerdenschrift vor dem Forum aller europäischen Mächte Rede stehen, oder es muß durch Erfüllung der madriider Forderungen es auf einen Bruch mit Rom ankommen lassen. H.

Der Etat über die Allgemeinen Pensionsfonds für das Jahr 1875 liegt jetzt ebenfalls vor. Derselbe bietet zum erstenmal seit der Aufstellung des Reichsetats eine übersichtliche Zusammenstellung der Pensionsfonds dar. Bereits bei Aufstellung des Reichsetats pro 1874 wurde es für zweckmäßig erkannt, für die Pensionsausgaben im Ressort der Zivilverwaltung (mit Ausnahme der auch jetzt außer Betracht bleibenden, im Einnahmeabschnitt des Reichshaushalts-Etats aufgeführten Verwaltungen der Post, Telegraphie und Eisenbahnen) einen Central-Pensionsfonds zu bilden, welcher im Etat des Reichskanzleramts ausgebracht wurde. Da mit 1875 die Periode des Pensionsquantums der Militärverwaltung aufhört, so bestand kein Hinderniß mehr, auch die bisher in den Etats der Verwaltungen des Reichsheeres und der kaiserlichen Marine ausgebrachten Pensionsfonds, sowie die damit verwandten Unterstützungsfonds für Pensionäre und Hinterbliebene von Beamten u. s. w. aus den betreffenden Etats auscheiden zu lassen. Es sind somit die bisher in den Etats der Verwaltung des Reichsheeres und der Marine, des Reichskanzleramts, des Auswärtigen Amtes, des Rechnungshofes und des Reichsoberhandelsgerichtes ausgeführten Fonds zu diesem besonderen Etat zusammengefaßt worden, ohne dadurch eine Aenderung in dem bisherigen Betriebe der Verwaltung des Pensions- und Unterstützungswesens herbeizuführen. Namentlich verbleibt die Verwaltung der Fonds für das Reichsheer den obersten militärischen Verwaltungsbehörden. Der Etat weist nach an Einnahmen: 10,776 Mark an Ausgaben: in Tit. 1. Verwaltung des Reichsheeres 21,625,918 Mark, (2,066,735 Mk. mehr als im Vorjahre); in Tit. 2. Marineverwaltung: 191,449 Mk. (32,692 mehr als im Vorjahre); in Tit. 3. für die Zivilverwaltung: 96,645 Mk. (34,455 Mk. mehr als im Vorjahre); in Tit. 4. Pensionen und Unterstützungen für die Angehörigen der vormaligen Schleswig-Holsteinischen Armee 486,000 Mk. (90,000 Mk. mehr als im Vorjahre); in Tit. 5. Pensionen für ehemalige französische Militärpersonen und deren Angehörige 976,500 Mk. Die Gesamtausgaben belaufen sich somit auf 23,376,512 Mk., während sie im Vorjahre nur 21,162,630 Mk. betrugen.

Deutschland.

Berlin, 15. Oktober.

— Die „Prov.-Korresp.“ fügt an die Mittheilung der bereits bekannten Dispositionen für die demnächstigen Reisen des Kaisers folgende Bemerkung an:

Vor der Feststellung dieser Bestimmungen hatte der Kaiser nochmals die Möglichkeit eines Besuchs bei Sr. Majestät dem König von Italien in eingehender Erwägung genommen. So sehr es unserem Monarchen am Herzen lag, nicht bloß den vorjährigen freundschaftlichen Besuch des Königs Viktor Emanuel zu erwidern, sondern auch von Neuem zu bekräftigen, welchen Werth die deutsche Regierung auf die bestehenden engen Beziehungen zwischen den beiden Reichen legt, so hat Sr. Majestät doch dem dringenden Abzügen der Aerzte nachgeben zu müssen geglaubt, welche nach dem vorjährigen schweren Krankheitsanfall ungeachtet der erfreulichen Wiederherstellung des Kaisers die Verantwortung für eine Reise jenseits der Alpen und für die damit voraussichtlich verknüpfte scharfe Luftveränderung im Spätherbst nicht übernehmen zu können erklärten. Sr. Majestät hat demzufolge für jetzt auf die Reise verzichtet und dem König von Italien sein lebhaftes Bedauern über diese Nothwendigkeit ausgesprochen lassen.

— Die bereits erwähnte Erklärung der „N. A. Z.“ bezüglich des Militäretats lautet:

Einige Blätter theilen mit, daß über den Militäretat eine Veränderung bisher nicht erzielt zu werden vermochte und daß aus diesem Grunde die Abschließung des Reichsbudgets noch nicht habe erfolgen können. Wie wir hören, ist aber jene Verständigung bereits erfolgt und auf Grund der gefaßten Beschlüsse findet gegenwärtig eine Umarbeitung des Militäretats statt, welche schon in nächster Zeit dem Bundesrath zur definitiven Aufstellung vorliegen wird.

Die „N. Z.“ bemerkt, daß in der Beröhrung dieser Angelegenheit vor allem die Ursache der bedauerlichen Hinausschiebung der Reichstagsöffnung zu suchen sei. „Letztere macht wiederum alle die Erwartungen, welche man an eine Verlegung des Zeitpunktes für die Reichstagsitzungen geknüpft hat, zunichte. Da der Reichstag unmöglich für die Lösung der ihm zugewiesenen Aufgaben bis zu Weihnachten den nöthigen Raum behält und also im nächsten Jahre seine Arbeiten wieder aufnehmen muß, so tritt er auch wieder mit dem preussischen Landtage, dessen Zusammentritt verfassungsgemäß bis zum 15. Januar n. J. erfolgen muß, in Collision. In der Alternative, den Reichstag ohne die nöthige Vorbereitung oder verspätet einzuberufen, ist freilich nichts übrig geblieben, als sich für das letztere zu entscheiden. Es sollte aber nachdrücklicher auf die Beseitigung des erwähnten Hindernisses eines rechtzeitigen Zusammentritts hingearbeitet werden.“

— Wir haben vor Kurzem eines Briefes des Feldmarschalls Grafen Moltke erwähnt, welchen derselbe anlässlich eines neu erschienenen

neuen Buches von Camille Roussier über „die Freiwilligen von 1791–1794“ an den Abg. Dr. Braun richtete. Der wörtliche Inhalt des interessanten Schreibens lautet:

„Ew. Hochwohlgeboren sage ich meinen verbindlichsten Dank für gütige Zusendung Ihrer Uebersetzung des interessanten Werkes „Les volontaires etc.“, welche in weiten Kreisen aufzuleben und nützlich wirken wird; insbesondere auch die vortreffliche Charakteristik der Kommune aus Ihrer eigenen Feder in der Einleitung. Es ist schlimm genug, wenn die Armeen sich zerfressen müssen, man hege nicht die Völker auf einander, das ist kein Fortschritt der Zivilisation, sondern ein Rückschritt zur Barbarei. Ein regelmäßiger Krieg ist wie ein Gewitter, welches in großen Schlägen Strecken vernichtet, aber auch befruchtet, ein Kampf, wie der in Spanien jetzt fortwährt, dagegen ein andauernder Heerrauch, der ganze Ernten zerstört. Improvisirte Armeen können aber keinen anderen Kampf führen.“

Berlin, den 22. September 1874.

Schachtungsvoll ergebenst
Gr. Moltke, Feldmarschall.

Am 14. d. bezug der Gouverneur des Invalidenbundes, General-Lieutenant v. Maliszewski, im 84. Lebensjahre die seltene Feier seines 70jährigen Dienst-Jubiläums. Der Kaiser hat den Jubilar durch die Verleihung des Groß-Comthurkreuzes des kgl. Hausordens von Hohenzollern geehrt.

— Der königliche Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten wird am 28. d. M. zu einer Sitzung zusammentreten. Es steht noch nicht fest, ob derselbe sich bereits in dieser Sitzung mit der Angelegenheit des Bischofs Martin von Paderborn beschäftigen wird.

— In diesen Tagen wird durch Vermittelung der deutschen Botschaft in London und unseres Auswärtigen Amtes an die Mitglieder des Komite's, welches die bekannte Rathhaus-Bersammlung im Frühjahr d. J. veranstaltete, das Werk zur Vertheilung gelangen, welches der in den londoner Meetings am 27. Januar d. J. kundgegebenen Sympathie des englischen Volkes für Deutschland in seinem Kampfe mit dem Ultramontanismus Ausdruck verleiht. Das Werk, von welchem Prachteremplare dem Kaiser, der Kronprinzessin, dem Fürsten Bismarck und anderen hochgestellten Personen hiesig und jenseits des Kanals bezogen worden sind, ist bei Hatzdards in London erschienen und von Dr. Badenoch, dem Sekretär der Protestanten-Association, herausgegeben worden. Die Ausstattung ist eine sehr geschmackvolle und die Uebersichtlichkeit und Reichhaltigkeit lassen nichts zu wünschen übrig. Es führt den Titel „Ultramontanismus — Englands Sympathie mit Deutschland“ und enthält den Briefwechsel zwischen Papst und Kaiser, einen Bericht über die Meetings in St. James-Hall und Exeter-Hall, das Schreiben des Kaisers an Earl Russell, einen Bericht über die Berliner Rathhausversammlung und ein Facsimile der von dieser Versammlung votirten Adresse, eine Uebersetzung der neuen preussischen und deutschen Kirchengesetze, den Wortlaut der auf die römisch-katholische Kirche Bezug habenden englischen Gesetze, sowie eine ausgezeichnete historische Arbeit des Mr. Potts, Mitgliedes des Trinity College in Cambridge, welche ausführt, daß die päpstliche Excommunication dem Herkommen, den Gesetzen und der Konstitution Englands durchaus widerspreche.

[Presse]. Die „Sp. Z.“ zeigt nun selber an, daß sie mit dem 31. Oktober durch Kauf in den Besitz der „Nat. Ztg.“ übergeht und mit dieser verschmolzen wird. Sie scheidet nach einem fast 134-jährigen Dasein und war eine Schöpfung des alten Fritz, der bei ihrer Errichtung 1740 das auch heute noch musterhafte Wort gesprochen, daß „Gazetten, wenn sie interessant sein sollen, nicht genirt werden dürfen.“ Wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck wurden der Redakteur der „Fuld. Ztg.“ Paulh zu einem Monat, der Redakteur des „Zollern“ zu Sechsen zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt.

Schweiz.

Bern, 10. Oktober. Der internationale Postkongreß hat gestern zwei Sitzungen gehalten, die eine Morgens 9 Uhr, in welcher, wie bereits telegraphisch gemeldet, der Unionsvertrag unterzeichnet wurde, sowie das Ausführungs-Reglement und ein Schlußprotokoll, in welchem die 21 Regierungen, die den Vertrag unterschrieben, denselben für obligatorisch erklären, selbst wenn Frankreich wider alles Erwarten ihm nicht beitreten sollte. Am Schluß der gefrigen ersten Sitzung dankte auch noch die Versammlung durch Herrn Page, einen der Vertreter Großbritanniens, ihrem Präsidenten, Herrn Bundesrath Borel, für seine einsichtsvolle und energische Leitung der Verhandlungen unter Ueberreichung eines Geschenkes, bestehend aus einem silbernen Theeservice. Ebenso erhielten die zwei Sekretäre, die Herren Böhr und Delefort, ein jeder ein Duzend silberne Bestecke zum Andenken. In der gefrigen zweiten Sitzung, der eigentlichen Schlußsitzung, zu welcher der Kongreß um 2 Uhr Nachmittags zusammentrat, wurde vom Bundesrath Borel als Präsidenten folgende Schlußrede gehalten:

Meine Herren! So wären wir denn am Ende unserer Arbeiten angelangt. In diesem Saale, wo vor nur einem Vierteljahrhundert die Abgeordneten der 22 belgischen Kantone die Zentralisation ihrer Posten proklamirten, haben Sie, die Vertreter von 22 Ländern mit einer Bevölkerung von mehr als 350 Millionen Seelen und einem Umfang von ungefähr 37 Millionen Quadrat-Kilometer, so eben einen Vertrag unterzeichnet, welcher bestimmt ist, in nächster Zukunft, so weit dies ihren Postverkehr betrifft, alle Mitglieder der großen menschlichen Familie zu verbinden. Meine Herren! Es ist nicht an uns, über dieses große Werk ein Urtheil zu fällen; seine Folgen wird die Zukunft entwickeln; ihr müßen wir die Sorge überlassen, dasselbe zu beurtheilen und es werthzuschätzen. Eines aber können wir sagen: die Resultate haben unsere Erwartungen übertroffen. Die Bildung eines allgemeinen „Weltpostvereins“, der die Frucht Ihrer Beratungen ist, wird zur Folge haben, daß der ganze Postdienst in den weiten Gebieten, welche er umfaßt, zu einer einheitlichen Ordnung gelangt. Die unsäglichen Tarife, welche ihn bisher verwickelten und erschwerten, erlegt er für den internationalen Verkehr durch eine Einheitstare, welche an dem Tage, an welchem die Regierungen der verschiedenen Staaten unter dem

Drucke der öffentlichen Meinung eine einheitliche Münze einführen werden, überall die gleiche sein wird. Ein Fortschritt, meine Herren, bringt den andern mit sich: indem wir heute eine große Postreform ausführen, haben wir vielleicht indirekter Weise einen entscheidenden Schritt zur Beseitigung der so wichtigen Frage der Münzreform getan. Wenn auch die Schwierigkeiten, welche sich der Proklamierung der Unentgeltlichkeit des Transits noch entgegenstellen, nicht überwunden werden konnten, so garantiert doch dagegen der Verein allen seinen Mitgliedern volle Freiheit für den Austausch ihrer Postsendungen, und der Transit ist einer so mächtigen einheitlichen Tare unterstellt, daß er das Correspondenzporto nicht influit. Zahlreiche Bestimmungen des Vertrags gewähren dem Postverkehr in der ganzen Ausdehnung des Vereins neue Erleichterungen, welche für das Publikum nicht weniger vorteilhaft sind, als die Reduktion und Unifikation der Taren. Die Aufhebung einer jeden Abrechnung, die Bezahlung der Transittaren mittels jährlicher Entschädigungen, die auf die Statistik gestützt werden, das selbständige eben so komplizierte als komplizierte Rechnungswesen unterdrücken und so zum großen Vorteil des Postdienstes den Verkehr der Verwaltungen untereinander vereinfachen. Die bisweilen von Land zu Land entstehenden Streitigkeiten, welche heute unlösbar sind, werden durch ein Schiedsgericht entschieden werden, dessen Beschlüsse natürlicher Weise zum Ausgangspunkt einer internationalen Postgesetzgebung werden müssen. Endlich wird ein Kongreß Behufs Vervollkommenung des in dem gegenwärtigen Kongreß festgestellten Systems und Beratung aller Verbesserungen, deren Einführung sich fühlbar gemacht, zeitweise die Vertreter der Vereinsstaaten versammeln, während in der Zwischenzeit ein permanentes Centralbureau den Ländern als Verbindungsmittel dienen wird. Dasselbe wird die Fragen von allgemeinem Interesse studieren, eine allgemeine Statistik entwerfen, die verlangten Aufschlüsse erteilen, und in den drei bedeutendsten Staaten eine Zeitung veröffentlichen, in welchem alle Mitteilungen, die dem Postdienst zum Vorteil gereichen können, einen Platz finden werden. Dies, m. H., werden kurz resumiert die Folgen der von Ihnen ausgesetzten großen Postreform sein. Dasselbe wird universell, denn nach den Beschlüssen der Teilnahme Seitens der Regierung Frankreichs ist uns die Hoffnung erlaubt, daß auch dieser Staat ihr beitreten werde, und andererseits wird wir zu der Annahme berechtigt, daß auch die andern Länder, welche einen organisierten Postdienst besitzen, mit ihrem Beitritte nicht zögern werden. Ist es „notwendig“ hinzuzufügen, daß diese Reform auch in Betreff des Charakters des Instituts selbst, dessen Entwicklung sie anstrebt, eine unerreichte Tragweite haben wird? „Die Post“, sagte ein großer Schriftsteller Frankreichs schon vor 100 Jahren, „ist das Band aller Geschäfte, aller Verhandlungen, die Abwehrenden werden durch sie gegenwärtig, sie ist der Trost des Lebens.“ Meine Herren! Der Kongreß von Bern wird nicht nur in den Jahrbüchern der Postinstitutionen ein wichtiges Datum bezeichnen, sondern auch in der Geschichte der Menschheit. Indem der allgemeine Postverein den Interessen des Verkehrs dient, wird er ein Werkzeug der Friedensstiftung und der Annäherung der Völker untereinander sein. Auch unter diesem Titel giebt Ihnen das Werk, das Sie vollendet, ein Recht auf die Dankbarkeit Ihrer Zeitgenossen und der kommenden Geschlechter. Bevor ich den Schluß des Kongresses anspreche, glaube ich nur der Verkünder Ihrer Gefühle zu sein, wenn ich in Ihrem Namen an die Verwaltung des Deutschen Kaiserreichs, welche die Initiative zu seiner Einberufung ergriffen, den aufrichtigsten Dank richte. Endlich habe ich in meiner Eigenschaft als Präsident dieser Versammlung auch Ihnen noch zu danken und Sie für den Geist der Versöhnung und gegenseitigen Entgegenkommens, von dem Sie im ganzen Verlaufe Ihrer Beratungen Beweis gegeben, zu beglückwünschen. Dank dieser vortheilhaften Stimmung sind Schwierigkeiten, welche beim ersten Anlauf unübersteiglich schienen, leicht überwunden worden, außer jenen andern Resultaten wird dieser Kongreß auch den Erfolg haben, daß er unter den Männern, welche der Leitung der Posteinrichtungen in den verschiedenen Ländern vorstehen, ein Band der Achtung und Zuneigung herstellt und enger schließt, was diesen Einrichtungen selbst nur zum Vorteil gereichen kann. Im Augenblicke Ihrer Abreise aus diesem Lande, dessen Reize ein gnädiger Himmel vor Ihnen ausbreiten schen, sagt Ihnen, meine Herren, die Schweiz ihren Dank. Sie rechnet es sich zum Ruhme an, die Wiege des von Ihnen geschlossenen Allgemeinen Postvereins gewesen zu sein, und glücklich und dankbar für das Pfand des Vertrauens und der Teilnahme, welches Sie ihr gegeben, indem sie mit der Organisation des internationalen Bureaus beauftragt und ihre Hauptstadt zum Sitz desselben gewählt wurde, wird sie mit frommer Fürsorge darüber wachen, daß dieses Institut dem bei seiner Gründung vorgewalteten Gedanken entspricht und alle die Dienste leistet, welche man von ihm erwartet. Ich meinerseits, welchen ein unverdientes Glück zu der außerordentlichen Ehre berufen hat, Ihre Beratungen zu leiten, ich, meine Herren, werde unsere Arbeiten, den von uns zusammen verlebten Tagen, den angenehmen Beziehungen, welche ich mit einem Jeden von Ihnen gehabt, und den Beweisen des Wohlwollens, mit welchem Sie mich überhäuft, ein unaussprechliches, dankbares Andenken bewahren.

Nach Bundesrath Borel, der seine Rede unter allgemeinem Beifall beendigte, ergriff der englische Delegirte Herr Bage das Wort, um dem Präsidenten und den Mitgliedern des Bundesrathes zu danken. Er schloß wie folgt:

Ich zweifle nicht, daß ein Jeder von Ihnen, indem er Bern verläßt, stolz darauf ist, zu dem von uns vollbrachten Werke beigetragen zu haben. Ich bin überzeugt, daß der Vertrag von Bern — so wird man den von uns heute unterzeichneten Vertrag nennen — seinen Rang unter den wichtigsten Verträgen der Epoche einnehmen wird. Für die Entwicklung des Verkehrs und des Handels, für Erhaltung und Vermehrung der Familienbeziehungen und für die Herstellung gütlicher Beziehungen unter allen Nationen der Welt wird

er ein mächtiger Hebel sein. Ich hoffe auf seine lange Dauer und seinen vollständigen Erfolg.

Hierauf ergriff General-Postdirektor Stephan in Folge der rühmlichst erwähnten Verdienste Deutschlands das Wort, dessen Rede bereits in dieser Zeitung mitgetheilt ist.

Auch Mr. Blakfan, einer der amerikanischen Delegirten, verlangte das Wort. Er äußerte sich wie folgt:

Herr Präsident! Meine Herren! Nach vollständiger Vollendung des Werkes, für welches er versammelt war, trennt sich jetzt der Kongreß. Ich erlaube die Gelegenheit, um dem Staate, dem wir seine Initiative verdanken, und dem Chef der Verwaltung, dessen Bemühungen so mächtig dazu beigetragen haben, die große Mehrzahl der zivilisirten Völker zu einer Postunion zu vereinigen, den Dank der Regierung, namentlich aber den der Postverwaltung der vereinigten Staaten auszusprechen. Herr Präsident! Meine Herren! Ich zweifle nicht, daß Sie mich versetzen, wenn ich hiermit Anspielung auf die Verwaltung des Deutschen Reiches und den Herrn Generalpostdirektor dieser Verwaltung mache. Die Vorteile dieses Werkes des Friedens und des Fortschritts schon heute alle zu erkennen, ist unmöglich. Das indessen kann gesagt werden, die Union wird nicht nur den Völkern aller Länder neue Erleichterungen des Postverkehrs durch ermäßigte, einheitliche Taren bieten, sondern sie wird auch der Ausgangspunkt anderer unvermeidlicher internationaler Reformen werden; sie wird zur Herbeiführung der universellen Brüderlichkeit beitragen. Die Aufstellung eines universellen Postsystems ist ein großer, hochherziger Gedanke, und obgleich die Postverwaltung der Vereinigten Staaten die erste war, welche die Aufmerksamkeit der andern Länder auf die Nothwendigkeit der Annahme eines reduzierten einheitlichen internationalen Postos lenkte, erkenne ich doch mit Freuden an, daß die Postverwaltung, welche das Projekt der Postunion vorgeschlagen und welche durch die einflussreichen Bemühungen ihres Chefs dasselbe zu verwirklichen mußte, in hohem Grade unsere Glückwünsche verdient.

Schließlich gedachte nochmals dankend der spanische Delegirte, General-Postdirektor Mansi, der Verdienste des Bundesrathes Borel um den Kongreß und der ihm von der Stadt Bern gewordenen Aufnahme, worauf dann der Präsident die Session des ersten internationalen Postkongresses für geschlossen erklärte und den Wunsch aussprach, daß der nächste in Paris abgehalten werden möge. (Köln. Ztg.)

Frankreich.

Die französischen Journale leisten neuerdings wieder einmal Wunderbares in Darstellungen, welche sich auf Deutschland beziehen. Bei Herrn John Lemoine geht regelmäßig die Wuth mit dem Verstande durch, sobald ihm das Wörtchen l'Allemagne in die Feder kommt. So schreibt er in dem Debats anläßlich einer Besprechung des deutschen Landsturmgesetzes folgendermaßen: „Es wird behauptet, das neue französische Militärgesetz, welches die allgemeine Dienstpflicht einführt, habe diese Ausdehnung der regulären Wehrkraft Deutschlands hervorgerufen. Trotz der äußersten Mäßigung, welche Frankreich in seinen internationalen Beziehungen zeigt, trotz der bescheidenen und unterthänigen Haltung, die es in Europa zu beobachten sich bemüht, hat man nicht darauf verzichtet, es noch als ein Element der Zwietracht und als einen Heerd der Feindseligkeit zu bezeichnen.“ Und nun folgt eine Strafpredigt über die Fabel vom Wolf und Lamm mit einer Anklage gegen die deutsche Bosheit, welche zum Kriege rüstet und „das entwaflnete Frankreich obenin des Ehrgeizes, vielleicht gar der Eroberungslust beschuldigt.“ Die Zeiten in denen das „Journal des Debats“ an der Spitze der französischen Presse stand und man ihm mit Recht ein unbefangenes Urtheil nachrühmte, scheinen aber für immer vorüber zu sein.

Spanien.

Aus St. Jean de Luz, 8. Oktober, berichtet der Spezialkorrespondent der „N. Pr. Ztg.“, daß die Nachricht von einem Attentat auf Don Carlos unrichtig sei, daß aber aus Anlaß der Entfernung Dorregaray's aus dem carlistischen Lager eine Meuterei stattgefunden habe.

Die Thatsache des Rücktritts, fährt der Korrespondent fort, ist an sich sehr erfreulich; der Abgang Dorregaray's war sehr gering, und nur durch die Erfolge bei Estella konnte er sich in seiner Stellung behaupten. Hier in der letzten Affaire, wo man ihm doch nur im schlimmsten Falle das Entkommen des Kommandos zur Last legen konnte, zeigt sich die Macht seiner Gegner und die Vermuthung wird zur Gewißheit, daß nur ein Fehltritt in seinen Erfolgen einzutreten brauchte, um ihn zu stürzen. — Mendiri ist ein schon bejahrter Mann von zweifelhafter Ergebenheit für den Carlismus. Im ersten Bürgerkrieg war er carlistischer Kapitän und trat nach Beendigung desselben in die Armee mit dem Range eines Brigadiers über. Er war ein besonderer Günstling der Königin und hat nach der Vertreibung derselben eifrig für ihre Sache gewirkt. Während der Wirren in Madrid von den Machthabern schlecht behandelt, zog er vor, dem Carlismus seine Kräfte zu widmen und hat sich von dem Beginn des Krieges an stets sehr ausgezeichnet. Seine Vorbeeren erwarb er sich namentlich bei Abarjua, wo er mit vielem Geschick eine Umgehung der carlistischen linken Flanke verübte und durch seine Thätigkeit das Vordringen der republikanischen Division von Puente la Reina her verhielte. In Anerkennung seiner Verdienste ward er zum „Grafen von Abarjua“

der Rolle um so besser. Sie bewegte sich mit natürlicher Anmuth und ermangelte auch zuweilen nicht eines Anflugs von Humor. Fr. Eckstein hat seit ihrer Anwesenheit in Posen entschieden Fortschritte in ihrer Entwicklung gemacht, und sie wird gewiß dabei nicht stehen bleiben. Vielleicht gewinnt sie, wenn sie darauf achten will, nach und nach mehr Herrschaft über ihren Gesichtsausdruck, der noch allzu oft mit der Situation und dem Inhalt des Dialogs in Widerspruch steht; vielleicht auch gewöhnt sie sich daran, die unbetonten Endsilben nicht zu scharf zu accentuieren. Auch die Aussprache des S bedarf einer kleinen Korrektur. Das läßt sich indeß alles bei redlichem Willen erreichen.

Wir haben Herrn Volten nun auch im Conversationsstück gesehen, aber zwischen seinem Ferdinand („Philippine Welter“) und seinem Hector in dem in Rede stehenden Stück keinen wesentlichen Unterschied entdecken können. Dem Künstler fehlt nun einmal Eleganz in Haltung und Bewegung, und seine Sprechweise, nach je drei oder vier Wörtern eine Pause zu machen, ist unleidlich.

Ein günstigeres Urtheil können wir über Fr. Sandoz aussprechen, welche am Mittwoch eine Dame der Demimonde darzustellen hatte. Wenn es mit der äußeren Repräsentation beim Theater gethan wäre, möchte die Künstlerin genügen. So aber ist nebenbei auch ein wenig Talent erforderlich, und das haben wir bei ihr bisher noch nicht zu erkennen vermocht.

Von den übrigen Mitwirkenden ist noch der Damen Tanius und Badewitz sowie des Herrn Badewitz zu gedenken, welche wie immer Tüchtiges leisteten.

ernannt. Sein Geburtsort ist Parraga. — Der Marquis Baldespina ist in Folge seiner körperlichen Gebrechen zu dieser Stellung unbenutzbar; seine Taubheit ist so stark, daß er im gewöhnlichen Leben den Leuten, die mit ihm sprechen, eine Sprechröhre übergiebt, vermittelt welcher man ihm in die Ohren spricht. Seine militärischen Fähigkeiten sind unter allen Umständen die bedeutendsten; doch kann von einer Stellung als kommandirender General unter diesen Umständen wohl kaum die Rede sein.“

Aus Cartagena vom 8. Oktober wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben:

Leider erstrecken sich die unmittelbaren Folgen des schrecklichen Bürgerkrieges im Norden auch auf unsere während des vergangenen Jahres so schwer geprüfte Provinz, und die Regierung in Madrid, statt die noch blutenden Wunden, welche die Cantonal Regierung geschlagen, heilen zu helfen, verursacht durch ihre Energielosigkeit neues und größeres Unheil. Noch zeugen zahlreiche Ruinen von der Herrschaft der Kommune, noch wird an allen Ecken an Ausbesserung der Schäden des vergangenen Jahres gearbeitet, das gesunkene Kriegsschiff „Tetuan“ ruht noch das schauerlich schöne Schauspiel seines Brandes in uns wach, die zerbrochenen Forts und Mauern stehen noch da, so wie sie uns die Cantonalen überließen. Indessen fängt man an, sie neuerdings zu armiren, und wir haben zu befürchten, wieder ähnliche Scenen wie vergangenes Jahr zu erleben. Die Carlistenbände, die aus der Provinz Valencia auf die unsrige übergangen und Orihuela so wie Murcia bedrohte, ist zwar, nachdem sie reichlich mit Beute sich versehen hatte, wieder abgezogen, weniger in Folge der „alten Verfolgung“, wie es die Regierung nennt, sondern weil sie eben ihren Zweck erreicht hatte, und die erschrockenen Murcianer, die hinter den Mauern Cartagena's Schutz gesucht hatten, begannen schon wieder aufzustehen. Aber Lojana's Bande, 800 Mann stark, läßt uns nicht zur Ruhe kommen und macht alles geschäftliche Arbeiten für lange Zeit unmöglich. Mühte man nicht annehmen, daß diese Bande die Unthätigkeit der Regierungstruppen und Generale kennt, so müßte man über ihre Kühnheit staunen. Hier sind keine Berge, wie in dem Norden und in Maestrazgo, die Provinz ist flach und nur in einigen Theilen hügelig, hat gute Landstraßen, Bahnen und Telegraphen, und obgleich in Alicante, Cartagena und Murcia Besatzungen liegen, Truppen von Granada herbeigezogen sind und von Madrid in wenigen Stunden die zehnfache Anzahl herbeigezogen werden kann, auch im Hafen hier Kriegsschiffe mit starker Besatzung ankern, die leicht Truppen von einem Küstenplatz zum andern bringen können, machen nun diese 800 Mann seit vollen drei Wochen die ganze Provinz unsicher, zerstören nun schon zum dritten Male die Bahn an derselben Stelle, machen gleichzeitig Abfächer nach dem entfernten Lorca, schürfen und misshandeln die reichen Kapitalisten, nehmen die daselbst im Depot befindlichen Rekruten mit sich und eröffnen uns nun, über 1500 Mann stark, die Aussicht, zu Land von Madrid und der ganzen übrigen Welt auf einige Wochen abgeschnitten zu bleiben. Geküht haben sie einen ganzen Wagnis und die Korrespondenz verbrannt, nachdem sie kürzlich einen anderen dadurch zerstört hatten, daß sie fünf Lokomotiven mit voller Kraft und ohne Führer gegen denselben anrennen ließen. Sie haben es eben darauf abgesehen, daß Volk durch Erschütterungen und Störung alles Handels und Verkehrs und durch Abschneidung aller Lebensquellen so müde zu machen, daß es eher eine Regierung von Don Carlos als eine Fortdauer der gegenwärtigen Zustände wünscht.“

Italien.

Das Univers veröffentlicht die Beileids-Adresse, welche die im verstorbenen Juli am Grabe des h. Apollinaris zu Ravenna versammelten italienischen Bischöfe an die im Gefängnisse befindlichen Bischöfe von Köln, Posen, Osnabrück und Bielefeld richteten. Die Adresse vergleicht das Martyrium der deutschen und brasilianischen Bischöfe mit dem des heil. Apollinaris und erklärt die Sache derselben als identisch mit der der italienischen Bischöfe. Unterzeichnet ist die Adresse von 11 in Ravenna befindlichen Bischöfen so wie von 13 anderen, welche später ihre Unterschriften hinzufügten. Das „Univers“ verfehlt nicht, hinzuzufügen, daß die Trauer der katholischen Kirche eine wachsende, da die Zahl jener oben genannten Martyrer inzwischen wieder um einige vermehrt worden sei. Indessen hat sie nun schon wieder eine Verminderung erfahren.

Der Monitore von Bologna berichtet, sein Redakteur habe eine wichtige Unterredung mit Herrn Thiers gehabt. Dieser habe ihn der Sympathie, welche die liberale Partei in Frankreich, so wie er selbst, für Italien hege, versichert, die Wiederaufrichtung der Monarchie in Frankreich für unmöglich erklärt und behauptet, das liberale Frankreich werde der Regierung nicht gestatten, das italienische Nationalgefühl zu verletzen. Thiers habe die schwächlichen und clerikalen Einflüsse unterworfenen Politik des gegenwärtigen französischen Ministeriums getadelt und versichert, während seiner Regierung sei es seine erste Sorge gewesen, gute Beziehungen mit Italien herzustellen und alle Konflikte zu vermeiden. Zum Schluß habe Thiers die definitive Aufrichtung der konservativen Republik für gesichert erklärt.

Aus Caserta wird gemeldet, die Polizei habe fünfzehn Mann von der Räuberbande verhaftet, welche den Bezirk von Sorra und die Umgegend unsicher gemacht und vor einigen Tagen den päpstlichen Kammerer, Monsignor Teodoli, gefangen genommen hatten; es seien viele geraubte Gegenstände bei ihnen gefunden worden.

Musikalisches.

Ueber die Gründe, warum Richard Wagner's Oper „Tristan und Isolde“ im Wiener Hofopern-Theater vorderhand nicht zur Aufführung gelangen soll, weiß ein Correspondent der „Bö.“ folgendes zu erzählen: Direktor Herbeck hatte der General-Intendant besagte Oper als Novität vorgeschlagen. Graf Wrba erwiderte, er habe gar nichts dagegen, denn ein Werk Wagner's auszuführen, sei gewissermaßen Pflicht, — allein er gebe zu bedenken, daß die Ausstattungskosten sehr groß seien und daß unter den gegenwärtigen ungunstigen Geldverhältnissen keine Gewähr vorliege, dieselben decken zu können. Indessen, der Direktor solle es sich noch einmal überlegen, und wenn keine andere Novität empfehlenswerth sei, dann müsse man schon an das Wagner'sche Werk gehen. Nach einiger Zeit erschien Direktor Herbeck wieder und erbot sich, „Tristan und Isolde“ ohne kostspielige Ausstattung zur Aufführung bringen zu wollen. Der Intendant hielt das wieder für sehr gewagt und da gerade der Intendant der Münchener Hofbühnen in Wien anwesend war, so befragte ihn Graf Wrba über seine Meinung. Baron Verfall erzählte, die Oper sei in München sehr zahlreich und namentlich von hochgestellten Fremden besucht gewesen und er glaube, daß dies auch in Wien der Fall sein werde. Nur sei nicht außer Acht zu lassen, daß die Künstler, welche in „Tristan und Isolde“ mitwirken, durch die Proben so angekrengelt würden, daß sie in keiner andern Oper auftreten wollten; es müßte daher für die erste Zeit auf ihre anderweitige Thätigkeit, außer in besagter Oper, verzichtet werden. Das gab den Ausschlag. Direktor Herbeck gestand, daß er die ersten Kräfte, welche in „Tristan und Isolde“ auftreten würden, in den andern Opern nicht entbehren könne.

Richard Wagner wird im Laufe des Winters (Ende Januar) zum Festen des Bahreuther Unternehmens im Verein mit Franz Liszt in Wien und Budapest große Konzerte veranstalten und dirigieren. Zum ersten Male werden in diesen Konzerten Abschnitte aus dem dritten Theil der Nibelungen-Trilogie, der „Götterdämmerung“, zum Vortrage kommen.

Aus Bayreuth wird berichtet, daß seit Anfang dieses Monats

Interimstheater.

In den zehn Tagen, welche seit der Eröffnung des Theaters verflossen sind, hat es die artistische Leitung an Bemühungen zur Erzielung eines Ensembles nicht fehlen lassen, und diese Bemühungen sind nicht ohne Erfolg geblieben. Schon jetzt ist zu konstatieren, daß sich von Tag zu Tag größere Abnutzung im Zusammenspiel bemerklich macht. Und das ist, wenn überhaupt, so namentlich bei dem dramatischen Genre von Wichtigkeit, auf dessen Kultivierung sich unsere Bühne nach Lage der Verhältnisse in erste Reihe angewiesen sieht: wir meinen das feinere Conversationsstück. In dieser Hinsicht hat uns die am Mittwoch stattgefundene Aufführung des bekannten französischen Lustspiels „Ein kleiner Dämon“ recht erfreut. Es wurde rund und glatt gespielt, einige kleine Unebenheiten abgerechnet, die nicht weiter ins Gewicht fallen. Man hatte das beglückte Gefühl der Sicherheit, d. h. man wurde nicht durch Stockungen des Dialogs beunruhigt.

Der „kleine Dämon“ ist bekanntlich die allerliebste Tochter vornehmer Eltern, welche seit lange von einander getrennt leben. Diese zu veröhnen hat sich Cecile zur Aufgabe gemacht, und sie löst diese Aufgabe in zwar nicht wahrscheinlich aber anmuthiger Weise. Wie die Sympathien Aller im Hause, so gewinnt der „kleine Dämon“ auch alsbald die Neigung des Publikums, das zu seinen Unternehmungen, wie die Mutter und Großmutter, Ja und Amen sagt. Die Rolle ist zweifellos sehr dankbar, indeß stellt sie auch Ansprüche an die Befähigung der Darstellerin. Fr. Eckstein fand sich im Großen und Ganzen befriedigend damit ab. Wir hätten allerdings hier und da eine größere Vertiefung gewünscht: größere Seriosität beim Besuch, des Waters, mehr Theilnahme an der Wiederbegegnung der Eltern u. s. w.; dafür aber gelang ihr die Veranschaulichung der leichteren Elemente

Rußland und Polen.

Petersburg. Ueber den Bestand der russischen Kriegsflootte bringt der „Morskoi Sbornik“ nachstehende Angaben:

Auf allen russischen Meeren sind 29 Panzerschiffe und 196 ungepanzerter Schiffe vorhanden, welche zusammen 921 Kanonen tragen. Der gesamte Tonnagegehalt derselben gleicht 172,401 Tonnen. Die Dampfkraft aller Schiffe erstreckt sich auf 31,978 Pferdekraft. Der Personalbestand der Flotte umfasst 1305 Flottsoffiziere (81 Admirale eingerechnet), 513 Steuerleute, 210 Artillerie- und 145 Marine-Ingenieure, 545 Ingenieur-Mechaniker, 56 Marine-Bauingenieure, 297 Admirals-Beamte, 260 Ärzte, 480 Zivilbeamte und 24,500 Unteroffiziere verschiedenen Ranges. Den Meeren nach vertheilt sich die Flotte, wie folgt: Im Baltischen Meere stehen 27 Panzerschiffe und 110 ungepanzerter Dampfer, von denen 70 keine Kanonen tragen. Die 40 armirten Dampfer haben etwa 200 Kanonen, ebenso viel die Panzerschiffe, von welchen letzteren 4 noch im Bau begriffen sind. Der Tonnagegehalt aller Schiffe auf dem Baltischen Meere beträgt 145,793 Tonnen, die Dampfkraft 24,000 Pferdekraft. Die Flotte des Schwarzen Meeres besteht aus 2 Panzerschiffen und 29 ungepanzerter Dampfern. Ein Panzerschiff und ein ungepanzelter Dampfer sind im Bau begriffen. Die Panzerschiffe sind mit 4, die gewöhnlichen Dampfer mit 45 Kanonen armirt, 4 der letzteren haben keine Kanonen. Der Tonnagegehalt ist gleich 23,000 Tonnen, die Dampfkraft gleich 4546 Pferdekraft. Im Kaspiischen Meere sind 20 ungepanzerter Dampfer, von denen 1 im Bau begriffen und 9 nicht armirt sind. Die übrigen haben zusammen 45 Kanonen, der Tonnagegehalt ist gleich 3984 Tonnen, die Dampfkraft gleich 1200 Pferdekraft.

Die sibirische Flotte hat 28 Dampfer, von denen 7 mit zusammen 36 Kanonen armirt sind. Der Tonnagegehalt ist gleich 8000, die Dampfkraft gleich 1730.

Die Arakloteile zählt 6 kleine Dampfer, von denen 5 zusammen 13 Kanonen tragen. Der Tonnagegehalt ist gleich 624, die Dampfkraft gleich 217. Im Weißen Meere sind 3 Schiffe mit 4 Kanonen, 1000 Tonnen Gehalt und 285 Pferdekraft.

Die Lehrabtheilung des Marinerefforts umfasst in St. Petersburg eine Marineschule für 265 Mann, in Kronstadt: eine technische Schule für 220 Mann, die erste Marineschule für 400 Schiffsjungen und eine Schreiberschule für 150 Mann; in Nikolajew: die Marineschule für 60 Mann, eine Hafen-Gewerbeschule und die Nikolajew'sche Schule für Seemannsdiener (für 150 Böglinge). Die Lehranstalten für das Jahr 1874 sind im Budget für 1874 mit 442,941 R. angeführt.

Warschau, 12. Oktober. [Gewerbemuseum. Handwerker- und Handelschulen. Bergbau. Feuerbrünste. Interessanter Prozess.] Das vielfach ventilirte Projekt der Errichtung eines Gewerbemuseums in unserer Stadt geht nunmehr seiner Verwirklichung entgegen. Bisher hieß dieser Gedanke auf große Schwierigkeiten seitens der kompetenten Behörden. Seitdem aber das Comité der letzten hier stattgehabten landwirthschaftlichen Ausstellung, an dessen Spitze bekanntlich einflussreiche Persönlichkeiten standen, sich für den Gedanken lebhaft interessirte, ist an das Zustandekommen desselben nicht mehr zu zweifeln. Der Keimtrug der Ausstellung, welcher sich auf ca. 13,000 Rubel beläuft, soll zu diesem Zwecke verwendet werden. — Nach statistischen Ermittlungen beläuft sich die Zahl der im Königreich Polen bestehenden Sonntags-Handwerkerschulen auf 100, von denen auf die Stadt Warschau 15 kommen. Der Unterricht in denselben findet an Sonn- und Feiertagen von Vormittag 9, bis Nachmittag 3 Uhr statt. Unterrichtsgegenstände sind: Religion, russische und polnische Sprache und Arithmetik. Die Zahl der Schüler in sämtlichen hundert Anstalten beträgt über 7000, unter diesen befinden sich zum größten Theile Polen, von den Juden werden diese Schulen, da sie an den Sonntagen und christlichen Feiertagen arbeiten, nicht besucht. Neben den Handwerkerschulen existirt hier auch eine Anzahl von Sonntags-Handelschulen, in denen neben Religion, Russisch und Polnisch, Buchhalterei, Geographie und Handelsrecht gelehrt wird. Im ganzen Königreich giebt es aber derartige Schulen zur Zeit nur sechs, ein Beweis, daß der Nutzen solcher Anstalten noch viel zu wenig gewürdigt wird. Die Kosten zur Unterhaltung dieser Schulen trägt ausschließlich der Handelsstand, welcher augenblicklich die Errichtung einer höheren Handelslehranstalt in Warschau projektirt. — Die Exploitation des großen Mineralreichthums im Königreich Polen nimmt immer größere Dimensionen an. So hat sich hier vor Kurzem zu diesem Zweck eine neue Aktiengesellschaft gebildet, an deren Spitze die bekannten Warschauer Banquieres Kronenberg und Natanson stehen. Das Aktienkapital in Höhe von 1,500,000 Rubel soll durch Emission von 6000 Aktien im Betrage von 250 R. ausgebracht werden; nach Maßgabe der Entwicklung der Geschäfte kann das Kapital bis auf 5 Millionen R. erhöht werden. — Die Feuerbrünste, welche bekanntlich den ganzen Sommer hindurch Städte wie Dörfer heimgesucht und tausende von Personen ins Elend gestürzt haben, hören auch mit dem Eintritt kälterer Witterung nicht auf. Die Brandbrunst figurirt noch immer in den Blättern, in letzterer Zeit sind in ihr wiederum einige Fälle aus unserer Stadt selbst verzeichnet worden. Wie bereits erwähnt, unterliegt es keinem Zweifel, daß der größte Theil der Brände ein Werk ruderer Hände ist. Trotzdem ist es der Polizei nur in wenigen Fällen gelungen, den Thätern auf die Spur zu kommen. Im hiesigen Polizeigefängnis befindet sich eine Anzahl von Knaben, welche bei der Brandstiftung erfaßt, gefangen und da sie zu diesem Verbrechen gedungen worden sind. Ueber die Resultate der Untersuchung gegen dieselben verlautet jedoch noch nichts Bestimmtes. — Ein in seiner Art interessanter Prozess wird in diesen Tagen vor dem warschauer Senat zur Entscheidung gelangen. Ein Gutsbesitzer im Lublinschen, Namens W., spielte in der Lotterie ein Loos, welches die Schwester seiner Gattin gezogen hatte. Der Zufall wollte es, daß auf das Loos ein Gewinn von 15,000 R. fiel. Herr

W. offerirte seiner Schwägerin 3000 Rubel als Entschädigung dafür, daß sie zu dem Gewinne beigetragen habe. Die Schwester der Frau W. nahm diese Summe nicht an, sondern verlangt die Hälfte des Gewinnes, weil, wie sie angeht, das Loos in Gemeinschaft gespielt wurde. In Folge dessen wurde der Rechtsweg beschritten. Die Angelegenheit hat bereits zwei Instanzen durchlaufen. In erster Instanz gewann Herr W., in zweiter die Gegenpartei. Jetzt liegt sie dem Senat zur Entscheidung vor.

Warschau, 13. Oktober. Ein hiesiger Korrespondent eines Lemberger polnischen Blattes giebt interessante Aufschlüsse über die Veranlassung zur Ernennung des Grafen Rogebue zum Generalgouverneur im Königreich Polen, sowie über seine bisherige Thätigkeit und seine ferneren Pläne. Nach dem Verlassen Odesa's hatte Graf Rogebue die Absicht, sich ins Privatleben zurückzuziehen und dauernden Wohnsitz auf seinen Gütern in Liebling zu nehmen. Bei seiner Durchreise durch Petersburg erhielt er vom Czaren den Auftrag, die Zustände in Polen zu untersuchen und für nöthig erachtete Veränderungen vorzunehmen, sich dabei jedoch nach den Bemerkungen des Staatraths Nabokow zu richten, welcher in seinem Rapport Alles in dem glänzendsten Lichte dargestellt hatte. Graf Rogebue untersuchte selbst an Ort und Stelle die geringsten Einzelheiten der Administration, die Zustände in Städten und Dörfern und gelangte auf Grund der gewonnenen Wahrnehmungen zu der Ueberzeugung, daß der Bericht Nabokow's das reine Phantasiegebilde war und daß dem Königreiche der Ruin drohe. Der Czar soll nicht wenig enttäuscht gewesen, als er ein solches trauriges Resultat der zehnjährigen Verwaltung Berg's erfuhr, und den Grafen Rogebue zur Annahme des Generalgouverneur-Postens unter den vom General gestellten Bedingungen bewogen haben, daß seine Gewalt sich über alle Gouvernements erstrecken und er direkt mit dem Czaren mit Umgehung der Minister korrespondiren werde. Seine Verwaltung und seine weitere Thätigkeit haben nun auch gezeigt, mit welchen Machtbefugnissen er ausgestattet ist. Zur Zeit hat er die Absicht, aus den 10 Gouvernements 8 zu bilden, wie es früher war, da die jetzige Eintheilung zu unaufhörlichen Verwirrungen Anlaß giebt. Graf Rogebue hat auch den Beschluß des Organisationskomites bezüglich der Friedensrichter annullirt; diese Posten sollten Bauernkommissare einnehmen, unterdessen werden zu Richtern Fachmänner, Juristen, ernannt werden. Zu Gouverneurs sollen Civilbeamte nominirt werden, welche sich als Administrativbeamte bewährt haben. Auch das Institut der Adelsmarschälle soll wiederhergestellt werden, damit die Gutsbesitzer ihre Vertretung haben und durch deren Vermittelung die Regierung auf die Bedürfnisse des Landes aufmerksam machen. Dank seiner Bemühungen wird auch die projektirte Kanalisation von Warschau und die Erbauung von Volkswerken, welche die Stadt vor den Ueberschwemmungen der Weichsel sichern sollen, zu Stande kommen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Bukarest, 10. Oktbr. Das Organ des Auswärtigen Amtes, die „Pressa“, publizirt folgende Erklärung von rumänischen Juden an den Chef-Redakteur:

In unserer Eigenschaft als eingeborene Israeliten drücken wir Ihnen unsere Erkenntlichkeit für die gute Meinung aus, welche Sie von uns haben. Wir alle lieben Rumänien als das Land, in welchem wir leben, und in welchem unsere moralischen und materiellen Interessen wurzeln, und wir sind stets bereit, unser Empfinden durch unsere Handlungen zu betheiligen. Wir versichern, daß wir mit Vertrauen den Augenblick erwarten, welchen die Regierung und diese Gesetzgebung des Landes für geeignet halten werden, um aus eigener Initiative die Judenfrage im Geiste unseres Jahrhunderts zu lösen.

Dieses Altentstück, welches der Angabe nach von den wohlhabenden Juden der Hauptstadt unterzeichnet sein soll, mahnt stark an bestellte Arbeit. Allerdings mögen diejenigen Juden, welche nicht mit des Lebens Sorgen zu kämpfen haben, ihr Geschick mit größerer Fassung tragen können, als die vielen Tausende, welche jüngst durch rigorose Maßregeln an den Bettelstab gebracht wurden. (N. Fr. Pr.)

Tagesübersicht.

Posen, 15. Oktober.

Allem Anscheine nach stehen die Elsäßer der Verwirklichung ihres Wunsches nach Erweiterung ihrer Befugnisse zur Selbstverwaltung nahe. Es ist bekannt, daß bereits seit längerer Zeit zwischen dem Reichskanzler-Amt und dem Oberpräsidium zu Straßburg Verhandlungen über die Form und den Umfang geschwebt haben, in denen man für's Erste die Elsäßer-Lotharinger zur eigenen Beforgung ihrer Landes-Angelegenheiten zulassen will, und wie es scheint, hat man sich jetzt dahin verständigt, aus den drei Bezirkstagen eine Art Landes-Ausschuß zu bilden, welchem eine beratende Stimme über die Angelegenheiten der Landes-Verwaltung, insbesondere das Budget, sowie über neue Gesetzentwürfe zustehen soll. Nach einer Mittheilung des Elsäßer

Journ.“ über die Angelegenheit könnte es scheinen, als ob das eben Angegebene den Inhalt eines vom Oberpräsidium nach Berlin gerichteten Vorberichtes bilde, und als ob noch zu besorgen wäre, daß das Reichskanzleramt diese Konzeptionen als für den Augenblick zu weit gehende abweisen könnte; dem gegenüber hört das „Frl. Journ.“ von Stellen, die über die Intentionen des Reichskanzlers wohl unterrichtet sein können, die Meinung äußern, gerade das Reichskanzler-Amt sei zu dem Versuche viel größerer Einräumungen an die Bewohner des Reichslandes bereit.

Die durch „W. L. B.“ verbreitete Nachricht des „Baier. Kurier“, daß die Königin-Wittwe von Bayern am 12. d. das katholische Glaubensbekenntniß abgelegt habe, wird von der „Korr. Hoffmann“ und den „Neuesten Nachrichten“ bestätigt, während die bairischen Blätter noch am 11. d. M. gemeldet hatten, der Akt sei nach dem Eintreffen der darüber ungehaltenen Schwester der Königin auf das Ende des Oktobers verschoben worden. Nach den „Neuesten Nachrichten“ hatte die Königin am 9. dieses Monats ihre formelle Austrittserklärung aus der protestantischen Kirche bei dem Delanate durch den katholischen Oberhofmeister Freiherrn von Lerchenfeld abgeben lassen. Dies war vermuthlich der Anlaß zu der ursprünglichen Nachricht, daß die Konversion schon am 8. d. M. erfolgt sei. Als Beweis, wie wenig Kenntniß man von dem beabsichtigten Schritte der Königin vorher gehabt, wird in der „Abd.-Ztg.“ bemerkt, daß die Loge, welche die Königin beim Gottesdienste in der protestantischen Kirche inne zu haben pflegte, erst in letzter Zeit neu tapeziert und eingerichtet worden sei.

Bei dem Aufsehen, welches die Prozedur gegen den Grafen Arnim in den weitesten Kreisen gemacht hat, mag es nicht ohne Interesse sein, die Anschauung der österreichischen Regierung über den Fall zu hören. Man ist hier, so schreibt ein wiener Korrespondent der „A. Z.“, um es kurz zu sagen, entschieden geneigt sich auf die Seite des Fürsten Bismarck zu stellen. Man argumentirt: daß selbst unter der Voraussetzung es könne der amtliche Charakter der vom Grafen Arnim zurückgehaltenen Schriftstücke angezweifelt werden, nicht Graf Arnim sich ein autoritatives Urtheil darüber habe anmaßen dürfen, sondern daß er, statt zur Selbsthilfe zu schreiten, den Schutz entweder seines Souveräns oder der Gerichte habe anrufen müssen. Als zunächst vollständig gleichgültig erscheine es aus welchen Gründen das Auswärtige Amt auf der Auslieferung der Dokumente bestanden, und von dem Augenblick an wo nach längeren fruchtlosen Verhandlungen mit dem Botschafter — und erst dann — die Hilfe der Gerichte in Anspruch genommen worden, sei nicht mehr der Reichskanzler, sondern der Staat selbst Partei. Die Beschreibung des gerichtlichen Begehres aber sei, nach der Aufhebung des Grafen gegen einen Befehl, dessen Verletzung oder Nichtverletzung nicht er zu entscheiden hatte, unvermeidlich gewesen; denn zu einer rein disziplinären Behandlung sei der Fall, schon weil das Vergehen um welches es sich handle in den allgemeinen Strafgesetzen vorgesehen, nicht geeignet. Entscheidend in der ganzen Sache sei weiter die Frage des Wohlwollens oder des Uebelwollens des Fürsten Bismarck noch der höheren oder geringeren Vertrauenswürdigkeit des Grafen Arnim, sondern einfach die Frage: ob der Besitz der in Rede stehenden Dokumente als gerechtfertigt oder als ungerechtfertigt erscheine.

Bei Besprechung der spanischen Beschwerden an Frankreich bemerkt die „Times“, der spanische Gesandte sei nicht gerade sehr glücklich in seinen Erwidrerungen auf die Vertheidigung der französischen Regierung, und stellt das Blatt weiter die seltsame Bemerkung auf: wahrscheinlich sei der Waffenschmuggel nach Spanien, zum Theil wenigstens, auch der madridrer Regierung zu Gute gekommen. Daß von französischer Seite her den Carlisten viel Kriegszug zugewandt sei, glaubt die „Times“ immerhin, indessen giebt sie zu bedenken, daß die Verhältnisse für die Carlisten ausnehmend günstig waren: Einmal haben Legitimitisten und Gesittlichkeit in den französischen Grenzbezirken die Oberhand und dann haben dieselben auch bedeutende Mittel zur Verfügung. Ferner wäre auch hervorzuheben, daß die Insurgenten Waffen und Uniformen hauptsächlich aus den Vorräthen für die französische Garde Mobile erhalten haben, welche nach dem Ende des deutsch-französischen Krieges zum Verkauf kamen. Am Schluß sagt die „Times“:

„Wir können nicht glauben, daß Frankreich als Nation vom Pfade der Neutralitätspflichten in seinem Verkehr mit Spanien abzuweichen wünscht, und es wäre sicher eine sehr kurzfristige Politik des heutigen Ministeriums, seinen lauen Freunden, den Legitimitisten zu Liebe, einen Streit mit einer Karlsruher-Nation zu veranlassen, welche mit Frankreich durch Abstammung und viele andere Bande der Interessen und Gefühle verbunden ist. Die Forderungen Spaniens müssen, wofern man nicht den klaren Nachweis führt, daß sie auf irriger Darstellung der Thatsachen ruht, im Wesentlichen als gerecht einge-
räumt werden, und die heutige Appellation an das Gewissen der französischen Regierung kann kaum zurückgewiesen werden, ohne einen

an Richard Wagner's Hause sich ein Gerüst erhebt und mit dem monumentalen Malerei Sgraffito, welche dasselbe zieren soll, begonnen worden ist. Ein Leipziger Künstler, der Historienmaler Robert Krause ist mit der Ausführung dieses künstlerischen Schmucks beauftragt.

Zu kommenden März soll bei der italienischen Oper in Paris der „Tobengänger“ zum ersten Male zur Aufführung gelangen. Für die Elfa ist bereits Frau Bianca Blume-Santer gewonnen, welche seiner Zeit die Partie mit so großem Erfolge in Bologna sang.

Auch Fräulein Lilli Lehmann dürfte bei der Aufführung des Bühnenfestspiels in Bayreuth mitwirken. Ihre Schwester Fräulein Marie Lehmann ist bekanntlich ebenfalls bereits seit längerer Zeit für eine Mitwirkung in Aussicht genommen.

Das Wagnertheater selbst geht allen geschäftigen Notizen eines gewissen joggigen Theils zum Trotz eilig und sicher seiner Vollendung entgegen. So meldet man aus Bayreuth.

Franz Liszt weilt gegenwärtig in dem prachtvollen Palaste Este in der Nähe Livorno's bei Rom. Er empfängt dort zahlreiche Besuche, was jedoch nicht hindert, daß sein begonnenes Oratorium der halbtägigen Vollendung entgegengeht. Personen, welche Proben aus den fertigen Theilen eingesehen haben, rühmen die Schönheiten dieses Tonwerkes, das der musikalischen Welt wohl nicht mehr lange unbekannt bleiben wird. Ferner ist einem Privatbeschreiber Franz Liszt's zu entnehmen, daß derselbe bis Anfang Januar in Rom zu verbleiben gedenkt; anfangs Februar reist er nach Pest (vgl. oben) und am 15. März will er schon in Weimar sein.

In der Königl. Broncegießerei des Herrn Gladenbeck in Berlin wird jetzt der Guß der rechten Figur am Postamente des Marschner-Denkmal's, welche die Botschaft darstellt, vorbereitet. Der Künstler, Herr F. Harger, hat bei Herstellung dieses Modells einige wesentliche Abweichungen von der Skizze in Bezug auf die Anordnung der Gewandung getroffen. Die überlebensgroße Statue hat durch diese Veränderung noch wesentlich gewonnen und macht jetzt einen wahrhaft schönen Eindruck. Wie verlautet, ist nun auch das Gipsmodell zu der Hauptfigur, der Figur Marschners, im Atelier des Künstlers, in Angriff genommen.

Aus Wien wird berichtet: „Eine Meldung von großer Bedeutung für unsere Musikverhältnisse kommt heute vom Hofoperntheater. Der Kapellmeister Dessoff wird seinen Kontrakt, der noch bis zum 15. April 1875 geht nicht mehr erneuert und hat ein Engagement am Karlsruher Hoftheater angenommen. Ein Versuch des Direktors Herber, Dessoff durch ein Anbot desselben Gehaltes, wie es ihm Karlsruhe bietet — jährlich 4000 fl. nämlich — zum Bleiben zu bewegen, ist gestern gescheitert. Dessoff erklärte, er habe einmal sein Wort nach Karlsruhe verpfändet und könne darum nicht mehr zurück. Einer der ihm von Karlsruhe gebotenen Vortheile ist: nach fünfjähriger Dienstzeit 70 Prozent seines Gehaltes als Pension. Ueber die Gründe, welche Dessoff zum Verlassen des Hofoperntheaters bestimmen, an dem er nun seit mehr als zwölf Jahren in ausgezeichnetster Weise thätig war, kursiren Gerüchte so widersprechender, mitunter anklagender Natur, daß wir uns in deren Reproduktion die größte Reserve auferlegen. Daß mancher Vorwurf gegen Herber dabei laut wird, ist bei der exponirten Stellung des Direktors natürlich, aber durchaus kein ehrenrühriges Zeichen für die am Hofoperntheater herrschenden Zustände. Mit Dessoff's Abgang verlieren auch die Philharmoniker einen bewährten Dirigenten und das Konservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde einen erprobten Lehrer. — Zum Nachfolger Dessoff's soll Hans Richter (bekannt als eifriger Wagnerianer) ausgerufen sein.“

Beizertemps, der Violinist, der sich lange nicht entschließen konnte, Brüssel zu verlassen, und den zu behalten die belgische Regierung im Verein mit dem Direktor des Konservatoriums jede Anstrengung machte, scheint endlich zu dem Entschlusse gelangt zu sein, sich definitiv in Paris zu domiciliren. Sein Nachfolger wird Henry Wieniawski, der berühmte polnische Geiger, sein.

Pariser Musikjournalen zufolge hat Lecocq das Verlagsrecht seiner neuen komischen Oper „Le Pré Saint Gervais“ der Londoner Musikalienhandlung Enoch für die Summe von 25,000 Francs verkauft.

Vor einiger Zeit meldete der Pariser „Figaro“, daß Frau Lucca einige Vorstellungen in der Pariser Großen Oper geben werde; darauf hat das Blatt folgende geharnischte Zuschrift erhalten: „Herr Redakteur! Sie werden doch hoffentlich nicht vergessen haben, daß Frau Pauline Lucca sich während des Krieges in Wort und That als die

erbitterte Feindin Frankreichs gezeigt hat. Es ist traurig, daß der Direktor unseres ersten Operntheaters die Berliner Sängerin engagirt hat, und das französische Publikum wird ihr hoffentlich den verdienten Empfang bereiten, wenn sie es wagt, vor ihm zu erscheinen.“ — Der „Figaro“ theilt ganz diese Ansicht und erklärt beruhigend, daß er jene Meldung einer Musikzeitung nur als Gerücht entlehnt habe.

Die Direktoren des Rythmopalastes in Sydenham haben für ihren am 10. Oktober beginnenden Cyclus von Winterkonzerten folgende auswärtige Kunstkräfte engagirt: die Pianisten Mad. Schumann, Mad. Essipoff, Frl. Marie Krebs und Herrn D. Hans von Bülow, die Violoncellisten Joachim und Wieniawski, und den Violoncellisten Signor Piatti.

* **Eine Grabesstimme.** Das Mel's-Cohn'sche Stück „Heinrich Heine“ hat in Hamburg das unbediente Glück gehabt, von der Polizei verboten worden zu sein. Wie es heißt, ging die Veranlassung von der Heine'schen Familie aus. Hamburger Blätter bringen nun folgenden „Schmerzschrei“ aus dem Jenseits:

Als ich vernommen, daß Mel's-Cohn Dramatisirt mich habe,
Da hab' ich — Ihr könnt es glauben mir
Mich umgedreht im Grabe.

Doch als gar Hamburgs Polizei
Das Stück von Mel's verboten;
Als sie, um mich zu ehren, sprach:
„Lag ruhn, laß ruhn die Todten.“

Da hab' ich — denn sehr unbequem
Lag auf dem Bauch und Gesicht ich —
Mich umgedreht zum zweiten Mal.
Nun lieg ich wieder richtig.

diplomatischen Protest seitens des Staates, der fortwährend sich Unbill gefallen lassen muß, zu beschleunigen. Daß die spanische Regierung nahezu ihre Geduld verloren hat, erhellt klar aus der Sprache der Note, und die angebotene Mittelstellung des Zirkulars an die europäischen Mächte, in welchem über das Vergehen Frankreichs geklagt wird, wäre am Ende ein neuer (?) und vielleicht ein gefährlicher Ausweg, allein man muß vergleichen von einer Nation erwarten, welche in einer Stimmung wie die Spaniens abermals in ihren Erwartungen getäuscht oder kurz abgewiesen wurde.

Die schon seit längerer Zeit in Griechenland bestehende Krise ist in ein Stadium getreten, das derselben auch für Deutschland Interesse verschafft. Bekanntlich erstrebten die Hellenen eine Änderung der Verfassung, jetzt aber wird von einer Annullierung der Verfassung gesprochen. Die Pläne des Hofes sollen auf nichts Gerichtet abzielen, als auf Errichtung eines Oberhauses, dessen Mitglieder die Krone ernannt, und welches der König auch auflösen kann. Das Abgeordnetenhaus bleibt, wird aber bloß alle drei Jahre einberufen, ausschließlich zur Durchberatung von Gesetzesvorschlägen. Die Gerichtsbeamten werden nicht mehr auf Lebensdauer ernannt, sondern sind absetzbar und können nach Belieben in andere Sprengel versetzt werden. Die Minister sind nach diesem Plane nur der Krone verantwortlich. (Eine Nachahmung der Verfassung-Troplong'schen Verfassung vom 2. Dezember.) Zu diesen Maßregeln käme noch die Einschränkung der Pressefreiheit und des Versammlungsrechtes, wie der Gemeinde-Autonomie. Es wäre das somit ein vollständiger Staatsstreich. Andererseits wird zugestanden, daß die Partei- und Fraktionsführer Griechenlands den ärgsten Mißbrauch mit den Freiheiten des Landes treiben, so zwar, daß das gemäßigste Publikum selbst es ist, das die Intervention der Krone anruft. Blätter wie „Eos“, „Palingenesi“, „Mellon“ etc., erklären offen, daß man mit der jetzigen Verfassung nicht weiter regieren könne, und fordern den König auf: „Georg solle dem Beispiele Wilhelms III. von England und Gustavs III. von Schweden folgen, welche wohl die Volksrechte einschränkten, aber das Volk retteten.“ Es könnte vielleicht Vielem ausweichen werden, wenn es dem Ministerium Bulgarijs gellinge, die Änderung der Verfassung beim gegenwärtigen Abgeordnetenhaus durchzusetzen. Einer solchen Annahme spricht man aber jede Berechtigung ab, und um das Maß der Verwirrung voll zu machen, fordern andere Stimmen das Volk auf, seine Rechte mit den Waffen in der Hand zu verteidigen. Sämtliche Parteiführer, selbst Männer wie Komonduros, Zaimis, Deligiorgis, Lombardos, u. n. A. treten mit Entschiedenheit gegen den Hof auf, und es dürfte schwerlich ein anderer Ausweg bleiben, um die Brandung von so verschiedenen Seiten zu beschwichtigen, als die Anwendung des probaten Mittels eines Staatsstreiches. Ob man damit auch diesmal die Ordnung herstellen wird, ist natürlich eine Frage der Zukunft.

In Serbien währten die Verhaftungen auf Verdict einer Verschwörung zu Gunsten des Karageorgievich fort. Doch geschieht dies im Innern des Landes, so daß die Hauptstadt an jenem Projekte nicht beteiligt erscheint, wenn wir es hiebei überhaupt mit mehr als einer jener Geister-Erscheinungen zu thun haben, welche im politischen Dunstkreise der unteren Donau nicht zu den Seltenheiten gehören.

Sokales und Provinzielles.

Bosen, 15. Oktober.

r. Die Konkurrenz-Entwürfe zu dem Neubau des hiesigen Stadttheaters, zu deren Einlieferung heute der letzte Termin abläuft, sollen, wie wir hören, in einem unserer städtischen Säle (muthmaßlich in der Aula der Realschule) einige Zeit öffentlich ausgestellt, und alsdann durch die aus drei Mitgliedern (Baumeister Semper in Wien, Bauinsp.-Direktor Lucac in Berlin, Theaterdirektor Schwemer in Breslau) bestehende Kommission, die zu diesem Zwecke hierher kommt, beurtheilt werden. Für den besten Entwurf sind 3000, für den nächstbesten 1500 Mark ausgesetzt.

r. In der Saul'schen Diebstahlsache sind bis jetzt bei den Einbrechern gefunden worden ca. 2500 Thlr. baar und etwa 22,000 Thlr. in Werthpapieren, während im Ganzen gestohlen worden waren 4800 Thlr. baar und 95,000 Thlr. in Werthpapieren. Der eine der Einbrecher ist ein Schuhmacher auf der Wallischei, der andere ein Arbeiter (in Glogno), der dritte ein Schifferknecht (auf der Bäderstraße).

r. Die Verlegung des katholischen Lehrerseminars von hier nach Rawicz, welche schon zum 1. Oktober erfolgen sollte, aber verschoben wurde, weil in Rawicz noch nicht die nöthigen Einrichtungen getroffen waren, wird nunmehr in der Zeit vom 1. bis 15. November d. J., während deren den Böglingen Ferien gegeben worden sind, stattfinden.

r. Der Landwehrverein wird die Vorfeier zu dem Geburtstage des Kronprinzen (18. Oktober) am Sonnabend in dem großen Tunnel in der Bismarckstraße, welcher noch immer keinen Pächter gefunden hat, und den die Bauant zu diesem Zwecke bereitwillig hergegeben hat, begehen.

r. Das Volksgarten-theater, in welchem die Winteraison Anfangs voriger Woche eröffnet worden ist, erfreut sich seitdem eines regen Besuchs. Das Personal ist ein ganz neues, und sind die bedeutendsten Kräfte desselben: die Damen Frau Reinhold, Fräulein Strauch und Fräulein, und die Herren: Weigelt (erster Komiker), v. Strom (erster Liebhaber), Reisch, v. Sabatzky pp. Die Direktion läßt es sich angelegen sein, nicht allein kleine, sondern auch größere neue Stücke zur Aufführung zu bringen, so in der vorigen Woche: „Gesprenzte Fesseln“ nach der Erzählung gleichen Namens in der „Gartenlaube“ und am Mittwoch zum ersten Mal das Volksstück: „Die Cravattenfabrikanten von Berlin.“

r. Feuer. In einem Zimmer des Hauses Krämerstraße 23 explodirte gestern Abend, als gerade Niemand sich dort befand, eine Petroleumlampe, und wurde durch das umhergeschleuderte brennende Petroleum ein Sopha in Brand gesetzt. Es gelang den Bemühungen der sofort herbeieilenden Feuerwache und einiger Rettungsmänner, den Brand zu löschen.

— **Polizeibericht.** Gefunden: 1 Regenschirm, 1 Bohrer, 1 Arbeitsstück mit Inhalt, 1 Regenschirm, 1 Trauring und 1 Ein Thalerstück, 2 Schweine. Verloren: 1 wagnis Thalerstein, 1 Bernsteinstück, 1 Prima-Wchsel über 500 Thlr. und 1 Portemonnaie mit Inhalt. Zugelassen: 1 kleiner gelber Affenpinscher und 1 Kapaun.

XX. **Fraustadt, 14. Oktober.** [Neue Postverbindung. Postkassier. Militärlieferne. Gebaltsberhöhung.] Nach einer Verordnung der Kaiserlichen Oberpostdirektion zu Bosen wird vom 1. Januar 1875 ab eine Postverbindung mit Gubrau hergestellt werden, welche täglich einmal die 3 Meilen lange Tour von hier über Seiditz, woselbst sich eine Postagentur befindet, nach Gubrau, und von dort nach hier befahren wird. — Kürzlich ist, nach Herrn Oberpostdirektor Schifmann, das jüngst besprochene Zimmer für das korrespondierende Publikum eröffnet worden. Dasselbe ist in jeder Beziehung zur größten Bequemlichkeit des Publikums eingerichtet. — Gestern war der kgl. Bauinspektor Herr Schöneberg aus Poln. Lissa hierorts anwesend,

um eine genaue Befichtigung und Vermessung desjenigen Gebäudes am Markte vorzunehmen, in welchem sich zur Zeit das kgl. Kreis-Steuereamt befindet; man geht mit dem Plane um, dasselbe in eine Militärkaserne umzuwandeln. — Auch in unserem Kreise wird für eine Verbesserung der Lehrergelälter immer mehr Sorge getragen. Nachdem erst seit einiger Zeit dieselben erhöht worden sind, ist dieser Tage eine Verfügung der kgl. Regierung zu Bosen erlassen worden, nach welcher allein in unserer Stadt weitere 700 Thlr. jährlich zur Gehaltsberhöhung für die Elementarlehrer bestimmt sind.

S. Rawitsch, 13. Oktober. [Dr. Steinbart v. Buchholz.] Unsere Stadt droht ein herber Verlust. Der Direktor der Realschule Herr Dr. Steinbart hat einen Ruf nach Duisburg a. N. erhalten und ihn zu unserem Bedauern angenommen. Die Frequenz unserer Realschule zeugt von dem erfreulichen Aufschwung, dessen der letztere sich mit dem Amtsantritt des Scheidenden in hohen Maße zu erfreuen hat. Die übrigens segensreiche Errichtung der Vorstufklassen ist sein Verdienst, so wie die Trennung der beiden Sekunda und die nunmehrige, theilweise Trennung der Sexta durch Erlangung einer neuen Lehrkraft, ist auch seiner Bemühung zu verdanken. Seine Fürsorge für die Böglinge erstreckte sich auf diese selbst nach ihrem Abgange aus der Anstalt. Die Reorganisation unseres städtischen Schulwesens, das den konfessionellen Charakter verloren hat, ist auch zum großen Theil seine Schöpfung. Durch Konstituierung des literarischen Vereins hat der bewährte Pädagoge auch Bildung außerhalb seiner nächsten Umgebung zu verbreiten gesucht. — Der Stadt steht, nachdem die Realschule vom Staate übernommen worden ist, das Wahlrecht nicht mehr zu. Wir hoffen, daß die Staatsregierung bemüht sein wird, durch Ernennung eines tüchtigen Vorstehers die Anstalt auf den müßsam errungenen Status zu erhalten. Unser neuer Herr Bürgermeister v. Buchholz widmet vorzugsweise dem städtischen Schulwesen die sorgfältigste Aufmerksamkeit und ist derselbe unablässig bemüht, alle äußeren und inneren Verhältnisse derselben genau kennen zu lernen. Man erkennt allgemein seine Wahl als eine recht glückliche an.

Δ. Reifen, 14. Oktober. [Patriotisches Denkmal. Seltenheit.] Unter Vorsitz des Herrn Bürgermeister Weiche hat sich hier ein Comité gebildet, welches gegenwärtig Sammlungen zur Errichtung eines Denkmals zum Andenken an die in den Jahren 1866, 1870 und 1871 gefallenen Krieger aus hiesiger Stadt und Umgegend veranstaltet. — Hier hat sich der gewiß höchst seltene Fall ereignet, daß der dem Prinzen Anton Sulkowski vor 8 Tagen geborene Sohn 2 Jahre mit zur Welt brachte. (Ludwig XIV. kam mit den unteren Schneidezähnen zur Welt.) — Die Katofelernde ist hier im Allgemeinen eine befriedigende.

S. Schrimm, 15. Oktober. [Refurk.] Wie verlautet, beabsichtigt der Wirth Scheja, welcher wegen des Erfolges bei Gelegenheiten der Einführung des Probistes Kubezjak zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt wurde, gegen diese Strafe den Rekurs einzulegen.

Bromberg, 13. Oktober. [Straßenraub. Aufschuß. Unterschlagung amtlich anvertrauter Gelder.] Als gestern Abend der Schuhmacher Brandt die Gammstraße passirte, wurde er von einem unbekannten Individuum um Feuer gebeten, als Brandt im Begriff war ihm dasselbe zu reichen entriß ihm der Streich plötzlich ihr und Kette und lief davon. Brandt glaubt ihn recognosciren zu können. — Eine anscheinend angetrunkene Frau fing gestern Abend auf dem Friedrücksplatz mit mehreren Personen Streit an; von einer derselben erhielt sie einen Schlag mit der Hand an den Kopf. Darüber wurde sie so wüthend, daß sie eine mit Schnaps gefüllte Flasche, welche sie in der Hand hielt, erhob, um ihren Gegner zu schlagen und ihm schließlich die Flasche nachwarf ohne ihn jedoch zu treffen. Die bedauerliche Scene hatte eine große Menschenmenge herbeigeloht. Polizei war nicht zur Stelle. — In der Schwurgerichtssitzung vom gestrigen Tage erschien auf der Anklagebank der frühere Zivilsupernumerar der königlichen Ostbahn, Max Caplewski, jetzt in Berlin, angeklagt wegen Unterschlagung amtlich anvertrauter Gelder. Bei einer im Januar d. J. vorgenommenen Revision der hiesigen Billettkasse der Oberbischlesischen und der Ostbahn ermittelte der Bahnkontrollor Günther, daß zwei Billette mit 6 Thlr. 8 Sgr. und 7 Thlr. 23 Sgr. nicht als verkauft gebucht und daß die betreffenden Beträge nicht zur Kasse geflossen waren. — Die weiteren Nachforschungen ergaben, daß beide Billette durch den damaligen Zivil-Supernumerar der königlichen Ostbahn, Caplewski, am 27. Oktober pr. verausgabt worden waren. Er mußte anerkennen, daß er die beiden Billette verkauft, jedoch nicht gebucht habe. Bei seiner gerichtlichen Vernehmung führte er zu seiner Entschuldigung an, daß bei dem Vorgehen der Geschäfte die Einfassung des Geldes und die Eintragung des Verkaufs der Billette von ihm aus Versehen unterblieben sei. Seitens der Anklage dagegen wird behauptet, daß durch den für den Verkauf vorgeschriebenen Geschäftsgang ein solches Versehen ausgeschlossen werde und Caplewski jene Beträge von ca. 14 Thlrn. unterschlagen habe. — Der Angeklagte hält sich für nichtschuldig und bleibt dabei, daß bei dem Andrange des Publikums zum Billettkauf es wohl vorkommen könne und bei ihm vorgekommen sei, daß er jene Beträge nicht gebucht habe. Unterschlagen habe er dieselben nicht. Der als Zeuge vorgeladene Bahnkontrollor Günther wollte dies nicht zugeben und behauptete, daß nach Abgang jedes Zuges zu ermitteln sei, ob der Erlös für ein verkauftes Billet eingegangen sei oder nicht. Die Staats-Anwaltschaft hält die Anklage aufrecht und beantragt das Schuldig. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Kemper, plaidirte für das Nichtschuldig, zunächst ausführend, daß ein Zivil-Supernumerar kein Beamter im Sinne des Gesetzes sei, wenigstens kein solcher, der wegen Kassendiebstahls bestraft werden könne, wie ein wirklicher Kassenbeamter; dann betonte er, daß ein Manco in jeder derartigen Kasse vorkommen könne und das Fehlen von Geld in derselben nicht gleich als eine Unterschlagung auszuliegen sei. Die Geschworenen sprachen das Nichtschuldig über den Angeklagten aus und derselbe wurde vom Gerichtshofe freigesprochen. (Br. 3.)

Bromberg, 14. Oktbr. [Ein Industrieller.] Gestern Abend erschien in dem Laden des Kaufmanns Adolf Joseph in der Friedrichstraße ein Soldat des 21. Infanterie-Regiments — wenigstens trug er die Uniform dieses Regiments — gab sich für einen Burschen des Lieutenanten S. aus und verlangte ¼ Dugend seiner wollenen Hemden und 1 Dugend feinerer wollener Socken vorläufig zur Ansicht, wobei der angebliche Bursche noch seinen Unwillen darüber äußerte, zu so später Stunde noch zum Einholen dieser Sachen ausgeschied zu werden. „Sein Lieutenant“, so bemerkte er, „sein Lieutenant sei nun aber einmal so.“ — Die verlangten Gegenstände wurden herausgeholt, nicht aber dem Soldaten, sondern einem Lehrlinge übergeben, der sie dem Lieutenant vorlegen sollte. Kaum waren beide Personen auf der Straße eine kurze Strecke gegangen, so zog der Soldat links in die Hofstraße ein. Als der Lehrling ihm bemerkte, daß sein Lieutenant ja in der Friedrichstraße wohnen sollte, kehrte er wieder um und ging noch eine kurze Strecke auf der Friedrichstraße mit, bog dann plötzlich in ein Haus, aus dem er jedoch bald wieder herauskam, murmelte einige unverständliche Worte und dann in eiliger Flucht verschwand. Der Beschriebene nach, ist dasselbe Individuum an dem gedachten Abend noch in einem anderen Laden ausgeschied gewesen, um dort für seinen Lieutenant schwarzen Sammet zum Ausfuchen mitzunehmen, ohne ihn jedoch erhalten zu haben. In einem dritten Geschäft erschien er und bot Glaschandschuhe und Stulpen zum Kauf an, vorgehend er hätte dieselben von Hause erhalten. Jedenfalls hat er diese Sachen schon in der oben beschriebenen Art für seinen angeblichen Lieutenant erworben. (Br. 3.)

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* **Kochbuch.** Im Verlage von Wiegandt, Hempel u. Parey in Berlin erschien soeben die fünfte Auflage des bekannten Kochbuches von Marie Emald. Diese fünfte Auflage ist von kundiger Hand umgearbeitet und erweitert und kann als ebenso billiges wie durchaus sachgemäßes und erprobtes Kochbuch jeder Hausfrau empfohlen werden. Es eignet sich seiner klaren, einfachen Erklärungen wegen ganz besonders auch, um es denjenigen angehenden Hausfrauen oder Kö-

chinnen in die Hand zu geben, die wenig Vorkenntnisse für die Küche besitzen und in diesem Buchlein sicher einen praktischen Lehrmeister finden werden. Das Buch ist auf gutem Papier groß gedruckt und fest in engl. Leinen gebunden. Der Preis beträgt nur 15 Sgr.

Staats- und Volkswirtschaft.

** **Niederlausitzer Bank.** Am Dienstag hat eine Sitzung des Aufsichtsraths stattgefunden. In derselben wurde seitens der Direktion ein Abschluß per Ende September vorgelegt, von welchem mit Befriedigung Kenntniß genommen wurde. Der Aufsichtsrath überzeuete sich durch eingehende Revision, daß die Position der Bank eine durchweg günstige ist. Verluste hat dieselbe im laufenden Jahre nicht gehabt und sind auch solche nicht zu erwarten. Der erzielte Reingewinn wird — bei gleich bedeutenden Abschreibungen d. h. Dotierung des Reservefonds etc. wie im Vorjahre — die Verteilung einer der vorjährige (6½ pCt.) noch überneigenden Dividende ermöglichen.

** **Wechselprozeß gegen die Zeche Wiedenabstank bei Dortmund.** Ueber diesen mehrfach erwähnten sehr interessanten Fall macht die „Börs.-Ztg.“ folgende nähere Mittheilungen: Herr Gust. Ad. Waldbausen zu Essen, der, wie in der Geschäftszeit bekannt, sich zu Anfang dieses Jahres fallit erklärte, unterhielt mit der genannten Zeche einen Geldverkehr in der umfangreichsten Weise. Seit geraumer Zeit hatte er Aktepte der besagten Zeche in Zirkulation gesetzt, deren Höhe sich zur Zeit seiner Zahlungs-Einstellung auf ziemlich drei Viertel Millionen Thaler belief, die sich meistens in Händen renommirter Bankfirmen befanden, von denen auch, die Thüringische Bank mit ca. 100,000 Thlr. beglückt worden war. Es soll vorausgeschickt werden, daß die Zeche Wiedenabstank zu den besseren des westfälischen Kohlen-Distriktes zählt, daß ihre mobilen Kurzanttheile bei günstiger Konjunktur bis zu 2000 Thlr. pro Stüd bezahlt sind, und daß ihr Aktepte für sein gehalten und gern genommen wurde. Mit solchen Ansichten über den Werth ihres Besitzes wandte sich die Thüringische Bank, als bei Verfall des ersten in ihrer Hand sich befindlichen Akteptes auffallender Weise keine Zahlung erfolgte, klagend gegen die Akteptant, die indeß die Verbindlichkeit von sich ablehnte und einzuwenden hatte, daß eine Zeche überhaupt nicht wechselfähig sei, daß sie, nicht wie auf den Wechsel bezeichnet stehe, „Zeche Wiedenabstank“, sondern „Steinkohlen-Bergwerk Wiedenabstank“ firmire, und daß endlich, da der Grundvorwand zur Zeit der Entfaltung der Wechsel aus 5 Mitgliedern bestanden hätte, zwei derselben zur rechtsgültigen Zeichnung der Firma nicht berechtigt gewesen wären. Zur Wiederlegung dieser Behauptung berief sich die klagende Bank auf den Beschluß der Gewerlenversammlung vom 6. August 1873, gegen deren ordnungsmäßige Berufung und Verlaß, wie der damals instrumentirte Notar Justizrath Ang. in Essen konstatierte, sich nichts zu erinnern gefunden und wonach der Vorstand ermächtigt worden sei, durch Transaktionen mit der Preussischen Bank Geldmittel zu beschaffen und Wechselverbindlichkeiten mit der Maggabe einzugehen, daß zu diesem Zwecke die Unterchriften zweier Vorstandsmitglieder rechtsgültig genügen sollten. Dem gegenüber hatte die beklagte Zeche einzuwenden, daß trotz des notariellen Protokolls die Gültigkeit jener Gewerlenversammlung und deshaß auch ihrer Beschlüsse in Abrede gestellt werden müsse, weil ein Gewerke der gesetzlichen Bestimmung entgegen nicht geladen, und außerdem die in blanco ausgestellte Vollmacht zur Vertretung eines anderen Gewerkes nicht als zur Bevollmächtigung legitim erscheinen könne, um so weniger, als die Unterchrift des Vollmachtgebers nur von einem öffentlichen Beamten, nicht aber notariell beglaubigt sei — ferner, daß ein Beschluß, kraft dessen die Unterchrift von zwei der fünf Vorstandsmitglieder für Wechsel-Transaktionen verbindlich sein sollte, eine Statutenänderung involvire, zu deren gültigen Vernehmung Dreiviertel sämtlicher kurzanttheile hätten vertreten sein müssen und die der oberbergamtl. Bestätigung bedürfe — beide Voraussetzungen seien nicht erfüllt gewesen (die Pflicht hierzu konnte von zwei der Zeche selbst obliegen) daher die Ungültigkeit jener Versammlung und ihrer Resolutionen. Die Thüringische Bank lieferte hiergegen den Beweis, daß die Zeche überhaupt kein Statut habe, daß sie sich nur den IV. Tit. I des Berggesetzes vom Jahre 1865 unterworfen, aus dem sein Grunde aber auch von einer Statutenänderung nicht die Rede sein könne, daß ferner Klottermann, der als Autorität im Berggesetz gelte, in seinem Kommentar über die bezüglich Gesetze, eine derartige Bestimmung über Änderung in der inneren Verwaltung Angelegenheit einer Zeche nicht als Statutenänderung ansehe. Das sind im Wesentlichen die Momente, die von beiden Parteien zur Geltung gebracht, das Kreisgericht zu Dortmund veranlaßt haben, die Thüringische Bank mit ihrer Klage abzuweisen und die Zeche von jeder Verbindlichkeit freizusprechen, das Appellationsgericht zu Hamm hat indeß die Ansicht des Dortmunder Richters verworfen und die Zeche verurtheilt, die durch Berufung des Reichs-Oberhandelsgerichts zu Leipzig in endgültigem Urtheil unter Aufrechterhaltung der erhaltungsamlichen Entscheidung von jeder Wechselverbindlichkeit freigesprochen worden ist. Von welchen Anschauungen der Gerichtshof bei diesem Erkenntnis ausgegangen, wird erst nach Publikation desselben bekannt, und werden wir nicht verfehlen, der für die gesamte Handelswelt so wichtigen Angelegenheit zur Zeit wieder zu gedenken. Zu erwähnen ist noch, daß die Thüring. Bank für ihre Forderung an die Zeche Wiedenabstank durch entsprechende Unterlage genügend gedeckt ist, so daß ihr ein materieller Verlust keineswegs bevorsteht, wenn auch die wechselmäßige Verpflichtung der verlassenen Zeche zur Einlösung des betreffenden Akteptes nicht anerkannt worden ist.

** **Die Duißterbahn** soll neuerdings mehrfache Anstrengungen gemacht haben, ihre Situation, welche sich immer trauriger gestaltet, zu verbessern. Der Verwaltungsrath hat sich an die österreichische Regierung um Hilfe gemeldet, und überdies Verhandlungen wegen Aufnahme eines Anlehens angeknüpft. Bis jetzt waren beide Wege erfolglos. In Folge dessen wird die Bahn wohl kaum im Stande sein, allen ihren Verpflichtungen nachzukommen, und im Kreise der großen Interessenten werden mehrfache Pläne ventilirt, wie der verfahrenen Situation ein Ende gemacht werden könnte. Es wurde die Idee angeregt, daß die Prioritäten-Besitzer selbst den Betrieb der Bahn übernehmen. Die Regierung soll um jeden Preis dazu bereit werden, dem Unternehmen Hilfe zu bringen. Fraglich bleibt, wie sich dieselbe einer etwaigen Betriebseinstellung gegenüber verhalten würde. In jedem Falle ist die Situation der Bahn eine solche, daß schon in den nächsten Tagen die Entscheidung für ihre Zukunft getroffen werden wird.

** **Schubheimer'scher Bankverein.** Kürzlich hat in Leipzig eine Sitzung des Aufsichtsraths stattgefunden, in welcher der persönlich haftende Gesellschafter die Geschäftsbücher per 1. Okt. vorlegte und über die Lage des Instituts Bericht erstattete. Bekanntlich hat der genannte Bankverein durch die bei seiner Berliner Filiale erlittenen Verluste am 31. Dezember 1873 mit einem Defizit von 156,283 Thlr. abgeschlossen, in Folge dessen die Aufhebung dieser Filiale beschlossen wurde. Diese am 1. Juli a. c. geschlossene Auflösung hat noch mehrfache Opfer und Abschreibungen erfordert, so daß, da der Geschäftsgang seitdem im Allgemeinen kein sehr lebhafter war, die bestehende Unterbilanz sich bis jetzt nur wenig verringert hat. Nach der vorgelegten Geschäftsbücher hat das Aktienkapital der Gesellschaft von 1 Million Thaler zur Zeit nach Abzug des Reservefonds noch ein Minus von 137,884 Thlr. Die Hauptposten der Aktiva vertheilen sich auf 18,955 Thlr. baarer Kasse, 188,566 Thlr. Wechsel auf einheimische und fremde Plätze, 319,266 Thlr. Außenstände im Conto corrent und Lombard und 280,205 Thlr. Effektenbestände. Unter letzteren befinden sich ca. 300,000 Thlr. nom. eigene Aktien, welche zum Tageskurse berechnet sind. Außerdem besitzt die Gesellschaft zwei große Hausgrundstücke in Berlin, nämlich das Haus Oberwallstraße Nr. 19 und das Haus Zimmerstraße Nr. 94, welche zusammen 223,396 Thlr. zu Buche stehen und zur Zeit mit 211,000 Thlr. hypotheket belastet sind. Die Filialen befinden sich in 37,913 Thlr. diverse Guthaben im Konto corrent und 9017 Thlr. laufende Aktepte. Es wurde hierauf die Frage angeregt, ob es nicht rathsam sei, die zum Tageskurse aufgenommenen ca. 300,000 eigene Aktien zur Reduktion des Aktienkapitals auf 700,000 Thlr. zu verwenden, (Beilage.)

Friedrichsstraße 22
 im 3. Stock links ein großes gut möbl.
 Zimmer sof. zu verm.
 2 Tapezierer für gute Polsterarbeit
 aber nur solche, finden sofort Beschäfti-
 gung bei
H. Neubert,
 Wilhelmstraße 2

Submission.

Die Lieferung und Ausführung sämtlicher Reparaturen der Schmiede-, Stell- und Radmacher-Arbeiten, sowie überhaupt die Unterhaltung der Wagen und sonstigen Utensilien des städtischen Marstalls für die Zeit vom 1. Januar 1875 bis ultimo Dezember 1875 soll in Submission vergeben werden.

Hierauf Reflektierende wollen ihre Offerten versiegelt und mit der Aufschrift:

„Submission auf Schmiede-

Arbeiten zc. des städtischen

Marstalls“

bis zum **24. Oktober 1874**, Mittags 12 Uhr, auf dem Rathhause in dem Bureau IV. bei Herrn Stadt-Sekretär **Maciejewski** abgeben, woselbst auch die Lieferungsbedingungen eingesehen werden können. Später eingehende Offerten und Nachgebote bleiben unberücksichtigt.

Posen, den 14. Oktober 1874.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Anlieferung von Verpflegungs-Gegenständen, Fabrikaten, Materialien zc. für das hiesige Arbeits- und Landarmenhaus im Jahre 1875 zu den nachstehenden Bedarfsummen von:

1. 1060 Centner Kartoffeln,
2. 79 Hektoliter Roggenbrot,
3. 16 „ „ „
4. 35 „ „ weisse Kochbohnen,
5. 96 Kilogr. Hafergrüße,
6. 72 „ „ Buchweizengrüße,
7. 564 Kilogr. Gerstengrüße,
8. 1200 „ „ Rindfleisch,
9. 816 „ „ Schweinefleisch,
10. 2496 „ „ Rindfleisch,
11. 1536 „ „ Schweinefleisch,
12. 1200 „ „ Reis,
13. 48 „ „ Fadennudeln,
14. 3696 „ „ Salz,
15. 18 „ „ Rühmel,
16. 18 „ „ Pfeffer,
17. 216 „ „ Zucker syrup,
18. 360 Liter Essigessenz,
19. 600 Liter einfarb. Braumbier,
20. 960 Kilogr. Glainseife,
21. 12 „ „ Talgseife,
22. 480 „ „ Soda,
23. 120 „ „ Fischöltran,
24. 1200 „ „ Eisenvitriol,
25. 42 „ „ Schusspulver,
26. 300 „ „ ungebr. Kaffee,
27. 2880 „ „ Petroleum,
28. 30 „ „ Rüböl,
29. 8 „ „ Schmalz große Fesen,
30. 8 „ „ Schmalz kleine Fesen,
31. 640 Meter rober Feinwand (83 Ctm. breit),
32. 300 Meter weisse Feinwand (83 Ctm. breit),
33. 450 Meter rober Drell (83 Ctm. breit),
34. 460 Meter rober Drell (100 Ctm. breit),
35. 238 Meter Handtuchdrell (42 Ctm. breit),
36. 877 Meter Weiderwand (83 Ctm. breit),
37. 197 Meter Halbtuchzeug (83 Ctm. breit),
38. 92 Meter Fries (133 Ctm. breit) oder 46 Stück Lagerdecken a 200 Ctm. lang,
39. 248 Meter Schnupftuchzeug (67 Ctm. breit),
40. 815 Meter Decken- u. Kissenbezüge (83 Ctm. breit),
41. 42 Meter Flanell (133 Ctm. breit),
42. 2140 Meter Hemdenkaltfot (83 Ctm. breit),
43. 158 Meter Paravent (83 Ctm. breit),
44. 78 Meter blaue gestreifte Drell (83 Ctm. breit),
45. 345 Meter graues Tuch (133 Ctm. breit),
46. 60 Kilogr. woll. Strumpfgarn,
47. 34 Kilogr. baumwollenes Strumpfgarn,
48. 380 Kilogr. Maschirtschleier,
49. 315 Kilogr. Brandsohlfleder,
50. 318 Kilogr. Fäbleder

soll in Submissionverfahren an den Mindestfordernden abgegeben werden.

Die Bedingungen liegen in unserem Bureau zur Einsicht und sind auch gegen Kopialien bei der unterzeichneten Direktion zu haben.

Die versiegelten Submissions-Offerten sind spätestens bis zum

27. Oktober cr.,

Mittags 11 Uhr,

an uns einzureichen.

Am 30. Oktober cr., Vormittags 11 Uhr findet in unserem Sesshonsaal die Eröffnung der eingegangenen Offerten in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten statt. Nachgebote werden nicht angenommen.

Kosten, den 8. Oktober 1874.

Der Direktor.

Bockwindmühlen im guten Zustande werden zum Abbruch zu kaufen gesucht. Franto-Offerten mit Preisangabe unter V. O. werden in der Expedition d. Zeitung angenommen.

Bekanntmachung.

Die Herstellung einer Granitbahn vor der Kavallerie-Kaserne hieselbst incl. Materialien-Lieferung hierzu, sowie die Lieferung des dabei erforderlichen Sandes sollen, jedes für sich, im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden und ist hierzu im Bureau der unterzeichneten Verwaltung, — Wallstraße Nr. 1 — woselbst auch die von den Unternehmungslustigen einzusehenden Bedingungen ausliegen, ein Termin auf

Montag, den 19. d. M.

Vormittags 10 Uhr

anberaumt.

Versiegelte und auf der Adresse gehörig bezeichnete Offerten sind bis dahin rechtzeitig abzugeben, da später eingehende oder Nachgebote unberücksichtigt bleiben.

Posen, den 12. Oktober 1874.

Rgl. Garnison-Verwaltung.

Samter, den 12. Oktober 1874.

Bekanntmachung.

Die auf der Samter-Oberflügels-Klempner-Proporzial-Gasse belegene Gassehebestelle zu Nr. 1. Gay mit einer Hebeebene für 1 1/2 Meilen soll vom **1. Januar 1875** ab auf 1 Jahr meistbietend verpachtet werden. Hierzu ist ein Termin auf

Freitag,

den 30. d. Mts.,

Vormittags 10 Uhr,

in meinem Bureau hieselbst anberaumt.

Nur disponiblen Personen, welche außerdem eine Kaution von 50 Thlr. entweder baar oder in annehmbaren Staatspapieren hinterlegen, werden zum Gebot zugelassen werden; auswärtige Bieter haben ihre Qualifikation durch ein polizeiliches Attest nachzuweisen.

Die Visitationen, Pacht- und Kontratsbedingungen können während der Dienststunden im Bureau hieselbst eingesehen werden.

Der Königliche Landrath.

Bekanntmachung.

Unsere Bekanntmachung in Nr. 595 wird dahin berichtigt, daß die Firma **Marcus Lippmann** in Wronke nicht unter Nr. 188, sondern unter Nr. 184 von Neuem im Firmenregister eingetragen worden ist.

Samter, den 12. Oktober 1874.

Königl. Kreis-Gericht.

Erste Abtheilung.

Aufforderung

der Konkursgläubiger.

In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns **G. Joseph** in Firma **G. Joseph & Schubin** werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

27. October c. einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnach zur Prüfung der sämtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden zur Befestigung des definitiven Verwaltungssperoneals

auf den **10. November c.,**

Vormittags 10 Uhr,

in unserem Gerichtssitzort vor dem Kommissar Herrn Kreisrichter Perrin zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Befähigung fehlt, werden die Rechts-Anwälte **Justizrath Majurkiewicz** und **Dr. Gabbler** zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Schubin, den 29. Sept. 1874.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Ein Rittergut,

deutsche Gegend, Pros. Posen,

3/4 Meilen von einer belebten

Stadt, alter Besitz, 1160

Morgen Acker, 100 Morgen

Wiesen, 20 Morgen Torf, ist

mit Gnte und Inventar für

den billigen Preis von 62,000

Thlr. mit 16,000 Thlr. An-

zahlung zu verkaufen durch

P. F. Rabusko in Fran-

stadt.

Kalendarz

polski i gospodarski dla W. Ks. Poznańskiego na rok 1875

wyszedł z druku i oprócz kalendarza kościelnego, astronomicznego, zydowskiego i t. d. zawiera: Komedya w podróży, Czy Wincenty z Szamotuł był zdrajcą? Materyalizm i materyaliści naszego czasu, Józef Łukaszewicz (biografia), Istota i zalety nowych pieniędzy, redukcya ich na stare i odwrotnie, Wykaz jarmarków W. Ks. Pozn., Prus Wschod. i Zachod. i Śląska, drugi Wykaz jarmarków (chronologiczny) porządkiem miesięcy i dni ułożony.

Nabyć go można w każdej księgarni. Cena 9 sgr.

Drukarnia Nadworna W. Deckera i Sp.

(E. Röstel)

w Poznaniu.



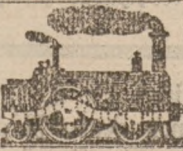
Stargard-Posener Eisenbahn.

In dem am Schluß unserer Bekanntmachung vom 1. Juli c. befindlichen Aufsatze der im Jahre 1872 gelösten Stargard-Posener Stamm-Aktien ist anstatt Nr. 24,193 zu lesen:

Nr. 24,393.

Breslau, den 12. Oktober 1874.

Königl. Direktion der Oberschl. Eisenbahn.



Stargard-Posener Eisenbahn.

Die Lieferung von 5000 Kubit-Meter gestrichenem Kies für die Stargard-Posener Eisenbahn soll im Wege der öffentlichen Submission, in angemessenen Theillieferungen, vergeben werden.

Offerten sind zu dem auf

Mittwoch,

den 28. Oktober d. J.,

Vormittags 10 Uhr,

anberaumten Submissionstermin versiegelt und mit der Aufschrift: „Offerte auf Lieferung von Kies“ versehen, an die unterzeichnete Betriebs-Inspektion franco einzureichen. — Die Lieferungsbedingungen liegen im diesseitigen Bureau zur Einsicht aus, werden auch auf portofreie Anträge unentgeltlich mitgetheilt.

Stargard i. P., 13. Okt. 1874.

Königliche

Eisenb.-Betriebs-Inspektion.

Bekanntmachung.

Dels-Gnesener Eisenbahn.

Wir sehen uns veranlaßt, hiermit bekannt zu machen, daß wir nur solchen Aufstellungsgesuchen fortw. weitere Folge geben werden, welchen Anträge über Führung und bisherige Beschäftigung, sowie eventuell über Ausbildung im Eisenbahndienst und für den zu gewärtigenden Bescheid eine Freimarke beigefügt sind.

Breslau, den 12. Oktober 1874.

Direktion

der Dels-Gnesener Eisenbahn-

Gesellschaft.

Ein Gut,

ca. 650 Morg., größtentheils fleckfähiger Boden, gute Gebäude, rentbl. Mühle, Torfstich, Holz und gute Jagd, 1/4 M. von einer kleinen Stadt in Pommern, ist wegen Todesfall des Besitzers v. E. Witwe für 22,000 Thlr. mit Gnte und Inventar zu verkaufen. Hypotheken 3000 Thlr., Anzahl. 6—7000 Thlr. Restkaufgeld für 10 Jahre fest. Näh. Selbstkauf durch die Annoncen-Expedition von **A. Metemeyer**, Berlin, Grolaudenstr. 18 sub Q. 1134.

Petroleum-Kochmaschinen,

Wiener Kaffeemaschinen,

Buttermaschinen zu 5 und 10 Liter,

Berzelius-Kessel u. Lampen,

Solinger Messer aller Art

bei

H. Klog,

Presauerstraße 38.

Einen Lehrling

zum sofortigen Antritt sucht

Eduard Stiller,

Capitaplatz Nr. 6.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.

Einen Lehrling

zum sofortigen Antritt sucht die Tabakfabrik und Cigarrenhandlung von **Joseph Rosenberg** in Gnesen.

Ein Zieglmeister,

kaufmännisch, der sein Fach gründlich versteht, sowohl mit Maschinen als mit Handen vertraut ist, im Besitz guter Zeugnisse, sucht bald Stellung. Offerten sub H. K. 7 an die Annoncen-Expedition von **Rudolf Drosche** in Posen.

1 energ. junger

Wirthsch.-Inspektor

sucht sofort eine Stelle pr. Mr. E. W. poste rest. Dombrowka.

Serr Brennerlei-Ver-

walter Reuthner,

früher in Schönbeld per Constat D. E., wird ersucht, mir seinen jetzigen Aufenthalt sofort anzugeben.

Grenzburg d. 7. Okt. 1874.

Bernhard Prager.

Reelles Heirathsgesuch.

Ein junger Mann, Inhaber eines rentablen Geschäfts, evangelisch, mit 3000 Thaler Vermögen, wünscht wegen Mangel an Zeit Damenbekanntschaften persönlich zu machen mit einer jungen Dame von angenehmem Aussehen und Sinn für Häuslichkeit und Musik im Alter von 20 bis 22 Jahren und einem mindestens gleichen disponiblen Vermögen behufs ehelicher Verbindung in Korrespondenz zu treten. Adressen unter I. K. 3000 poste rest. Posen erbeten. Diskretion Ehrensache.

Hund verloren.

Echt englischer Hühnerhund, gelb (Fahlfarben), lange Ruthe, Aussehen eines Windspiels, im zweiten Jahre, Name **Pector**, Gegend Posen. Auskunft und Belohnung bei

Apotheker Kirschstein.

Markt 75.

25 Thlr. Belohnung

Am 1. Oktober ist mir ein großer weiß- und braungefleckter **Hühnerhund**, mit gelblebernem Halsband, auf den Namen „Gasseur“ hörend, von Dom. Dombrowka bei Rawicz aus entlaufen.

Dem Wiederbringer oder Demjenigen, der mir sichere Auskunft über das Verbleiben des Hundes geben kann, obige Belohnung.

Handelssow,

Dom Kellin bei Wollstein.

Posener Landwehrverein.

Sonnabend den 17. Oct.,

Abends 7 1/2 Uhr,

im

Bismarcks-Tunnel

(Bismarckstraße)

Vorfeier des Geburtstages

Sr. K. K. Hoheit des Kron-

prinzen des deutschen Reichs

und Preußen.

Programm.

1) Festrede des Königl. Hauptmanns u. Polizei-Directors Herrn Staudy.

2) Gesangvorträge der Sänger des Vereins unter Leitung des Herrn Lehrer Kruppe.

3) Concert der Kapelle des 1. Niederschl. Inftr.-Regts. Nr. 46.

Die Herren Offiziere und Kameraden des Vereins werden zu dieser Feier hiermit eingeladen, doch haben nur mit der Vereinsabtheilung versehene Mitglieder und deren Familien freien Eintritt.

Der Vorstand.

Berein

gegen Hausbettelei

in der Stadt Posen.

Nach §§ 5 und 12 des Statuts werden die Mitglieder des Vereins zu einer

General-Versammlung

auf Montag, den 19. d.,

Abends 7 Uhr,

in dem Magistrats-Sitzungs-saal er-

benst eingeladen.

A. Garfen. A. Fährner.

der Geschenke zum Besten der Dr. Jacob'schen Waisenmädchen-Anstalt

Sonnabend,

den 24. d. Mts.,

von Vorm. 10 Uhr ab,

in dem gütigst bewilligten Saale der Mittelschule (Kl. Ritterstraße), wo vom 21. bis 23., Vormittags von 9 1/2 bis Nachmittags 5 Uhr die Geschenke ausgestellt und auch Loose a 7 1/2 Sgr. zu haben sein werden.

Posen, den 15. Oktober 1874.

Die Vorsteherinnen

der Dr. Jacob'schen Waisen-

mädchen-Anstalt.

A. Stroedel. C. Berger.

A. Bielefeld. A. Giersch.

C. Günther. C. Möllenhof.

A. Herrmann. C. Baum-

mann. C. Tschuske.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung meiner Tochter

Selene mit dem Stadt-Räthler **Albert Kabisch** hieselbst, beehre ich mich allen Verwandten, Freunden und Bekannten statt jeder besonderen Meldung hierdurch ergebenst anzu-

zeigen.

Grätz, 13. Oktober 1874.

Auguste Knoll geb. Gehrhart.

Statt jeder besonderen

Anzeige.

Die Verlobung unserer Schwester

und Schwägerin **Elise Briz** mit

Herrn **Emad Glos** zu Wanzleben

beehren wir uns Verwandten und

Bekannten hierdurch ergebenst anzu-

zeigen. Friedrichslande und Bentschen, den

12. Oktober 1874.

Heinrich Sahn,

Valencia Sahn,

geb. Briz.

Interims-Theater

in Posen.

Freitag den 16. October:

Die relegenden Studenten.

Aufspiel in 4 Akten v. H. Benedix.

Sonnabend den 17. October:

Graf Waldemar.

Sonntag den 18. October:

Ein deutscher Krieger.

Sehn Mädchen und kein

Mann.

Emil Traub's

Volksgarten-Theater.

Freitag und Sonnabend:

Gastspiel des weltberühm-

ten sibirischen Magikers

Herrn

Nicolas Kaslow

ohne alle Apparate.

Dazu: Eigensinn — Durch.

Die Direction.

Dresdener Bier-Halle,

Wilhelmstr. 23.

Am heutigen Tage habe ich in mei-

nem Lokal ein

franz. Billard

neuester Konstruktion aufgestellt und

empfehle selbiges allen Billard-

freunden zur gütig. Benutzung.

H. Lehmann.

Circus

Krombser